Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh bar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Post-Zeitungsliste unter Nr. 7265.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

№ 270 — Mittwoch den 18 November 1896. — 7. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung vom 16. November 1 Uhr.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt, am Bundesratstische: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Frhr. v. Marschall; Freiherr v. Hammerstein, Dr. v. Bötticher und andere.

Unter den Abgeordneten ist auch Graf Herbert Bismarck anwesend.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Zentrumsinterpellation in Sachen des deutsch-russischen Vertrages, welche lautet: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, 1. ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland bestanden hat; 2. im Falle ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern; 3. welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?

Reichskanzler **Fürst zu Hohenlohe** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Graf **Hompesch** (Zentr.) begründet die Interpellation.

Reichskanzler Fürst **Hohenlohe**: Ueber die Verhandlungen, die vom Jahre 1889 bis 1890 zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche stattgefunden haben, ist beiderseitig unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von dem an diese Verpflichtung aufhört, kann hiernach von uns nicht einseitig bestimmt werden.

Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebnis dieser Verhandlungen amtlich Auskunft zu erteilen. Was sodann die Haltung der deutschen Politik gegenüber Rußland seit Frühjahr 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Antwort nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fortbesteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen darzutegen, der damals an den Beratungen teilgenommen hat. Nach sorgfältiger Prüfung des vorhandenen Materials kann ich nicht umhin, die Gründe, die damals die deutsche Politik leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. Dabei kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unsern Beziehungen zu Rußland sich nicht fühlbar gemacht hat. Die Behauptung, daß damals englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse mitgewirkt haben, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. (Bravo.) Was die Wirkung betrifft, welche die jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, freue ich mich, erklären zu können, daß in der Folge das Mißtrauen, das sich im ersten Augenblicke in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat, wieder verschwunden ist (Bravo!), und daß unser Verhältnis zu unsern Verbündeten nach wie vor getragen wird von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen. Desgleichen haben unsere Beziehungen zu Rußland keinen Augenblick aufgehört, gute und freundschaftliche zu sein. (Beifall.)

Staatssekretär **v. Marschall**: Man dürfe von ihm nicht Enthüllungen erwarten; solche zu machen, sei er nicht ermächtigt, er wolle nur die gegen die Regierung erhobenen Anklagen entkräften. Diese gehen einmal dahin, daß Deutschland mit dem Separatabkommen eine Friedensgarantie preisgegeben habe, und zweitens, daß eine Verabredung getroffen war, die mit den bestehenden Verträgen im Widerspruch stand. Letztere Anklage trifft die Regierung am schwersten, denn sie trifft an einer Stelle, wo wir wie wir mit Stolz sagen können, am empfindlichsten sind. Ich weise daher zunächst diese Anklagen mit Entrüstung zurück. Das Abkommen stand weder dem Geiste noch dem Wortlaute nach in Widerspruch mit den Verträgen. Was verabredet wurde, sollte allein dem Frieden dienen. (Beifall.) Wenn das Abkommen 1890 nicht erneuert wurde, so liegt dies daran, daß wir damals mit der Befürchtung rechnen mußten, daß bei einem Konflikt zwischen unseren Nachbarn bei dem nicht genau festzustellen war, wer der Angreifer gewesen, wir Partei für den einen von beiden hätten ergreifen oder einen der Verträge hätten verletzen müssen, deshalb ist diese sogenannte Rückversicherung damals gefallen. Englischer Einflüsse hätte es dazu nicht bedürft um auf die Entschließungen des Grafen Caprivi bestimmend einzuwirken. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten damals den Draht zerschnitten, der uns mit Rußland verband. Es wird gewiß ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck bleiben, daß er es verstand, unsere Beziehungen zu Rußland freundlich und nutzbar zu gestalten und im Interesse des Friedens wird die Geschichte dieses Verdienst noch in ein helleres Licht rücken. Auch die Verdienste seines Nachfolgers dürfen wir nicht unterschätzen. Es hieße daher die Verdienste des Fürsten Bismarck verkleinern, wenn man es so darstellt, als ob die guten Beziehungen zu Rußland abhängig gewesen seien von einem Vertrage, dessen Erneuerung alle 3 Jahre zweifelhaft werden konnte; sie beruhen auf festerer Grundlage, auf der Freundschaft der Herrscher und auf vielfachen gemeinsamen Interessen. Daß englische Einflüsse bei der Zerschneidung des Drahtes thätig gewesen seien, muß ich entschieden bestreiten. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland hatten auch nicht von heute oder gestern, sondern bereits aus den 70er Jahren, auch sie waren nicht dabei mitbestimmend. Die Linie der deutschen Politik war und ist klar vorgezeichnet: Treues und unentwegtes Festhalten an den Dreibund-Verträgen, Pflege der Beziehungen mit Rußland und Erhaltung der Beziehungen zu den anderen Mächten, mit Achtung ihrer Rechte, nach Maßgabe der Achtung, die sie unseren Rechten gewähren. Bereit diese Machtstellung jederzeit in die Wagschale zu werfen, gestützt auf unsere Politik und auf unsere Wehrkraft, werden wir die Richtung weiter verfolgen, die wir unserm großen Kaiser und seinem ersten Kanzler verdanken.

Auf Antrag des Abg. **Lieber** tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. **Lieber** (Ztr.) giebt seiner Genugthuung über die Regierungserklärung Ausdruck, sowie dem Vertrauen zu den leitenden Staatsmännern.

Abg. **v. Manteuffel** (kons.): Seine Freunde hätten eine Besprechung der Interpellation nach der gehörten Erklärung nicht für nötig gehalten. Da sie aber beschlossen sei, so müsse er erklären, daß die Konservativen von einer Beunruhigung weder in Deutschland noch in Oestreich oder Italien irgend etwas bemerkt haben. Wir entnehmen aus dem, was wir gehört, daß das Rückversicherungsabkommen mit Rußland bestanden habe zum Schutze des Friedens. Wir sehen daher nicht ein, weshalb es nicht hätte erneuert werden sollen.

Abg. **Gunzer-us** (natl.): Aus den Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs geht, wenn auch die gestellten Fragen nicht direkt beantwortet wurden, doch unzweifelhaft hervor, daß das Separat-Abkommen mit Rußland bestanden hat, daß es zur Sicherung des Friedens beschlossen war und daß es nie im Widerspruche zu den Dreibundsverträgen stand. Auch das Recht zum Abschluß des Sondervertrages stehe hiernach unzweifelhaft fest.

Abg **v. Gültlingen** (Reichsp.) erklärt namens seiner Freunde, daß seine Partei die Notwendigkeit zu einer Besprechung der Interpellation nicht anerkenne und sich daher an ihr nicht beteilige.

Abg **Richter** (freis. Volksp.): Er halte die Besprechung für erforderlich wolle sich der Reichstag nicht selbst in eine subalterne Stellung herabdrücken. Wäre die Interpellation nicht gekommen, dann hätte seine Partei die Sache beim Etat zur Sprache gebracht. Gerade die öffentliche Erklärung im Reichstage werde klar zum Ausdruck bringen, daß die Bevölkerung die Aufrechthaltung der Dreibundsverträge wünsche. Seine Partei hätte die Dreibundspolitik des Fürsten Bismarck so sehr sie diesen selbst bekämpft habe, von Anfang an unterstützt. Gewiß könne jeder der Verbündeten Verträge mit anderen Staaten abschließen. Die Vertragsfreiheit habe jedoch gewisse Grenzen. Jedenfalls müßten Separatverträge den andern Dreibundsmächten mitgeteilt werden. Redner bespricht alsdann die Konsequenzen dieses Separatabkommens mit Rußland, das Deutschland seiner Bewegungsfreiheit beraubt hätte im Falle eines Konfliktes zwischen Rußland und Oestreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel, und fährt fort: Wäre die Veröffentlichung des Vertrages zur Zeit seiner Geltung erfolgt, dann hätte dies wie eine Sprengbombe wirken und das Dreibundsverhältnis in einem Falle erschüttern müssen, in dem es für uns am notwendigsten geworden wäre. Redner erwähnt alsdann verschiedene Maßnahmen des Fürsten Bismarck, die gegen Rußland gerichtet waren und bittet, daß daraus nicht zu erkennen gewesen wäre, daß in jener Zeit ein solches Assekuranz-Bündnis zwischen Deutschland und Rußland bestanden hätte. Jedenfalls seien die Beziehungen zu Rußland seit 1890 immer besser geworden. Das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland bestand ebenfalls bereits vor 1890. Redner fragt alsdann, woher Fürst Bismarck wisse, daß englische Einflüsse wirksam gewesen seien. Er spricht die Erwartung aus, daß der anwesende Graf Herbert Bismarck seinen Vater dagegen verteidigen werde, daß dieser auf Grund bloßer Vermutungen unsere Krone als eine durch englische Einflüsse geleitete Marionette hingestellt habe. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Graf **Mirbach** (kons.) ist erfreut über die Anerkennung, die dem Fürsten Bismarck durch den Staatssekretär v. Marschall zu teil geworden sei. In einem Punkte stimmte seine Partei Marschall jedoch nicht bei und zwar in Bezug auf den Wert der sogenannten Rückversicherungsverträge. Seine Partei wünsche, daß die Regierung zum Abschluß dieser Verträge zurückkehre. Ueber die Gründe der Enthüllungen wolle er sich nicht verbreiten, halte es jedoch für über jeden Zweifel erhaben, daß der Fürst damit dem deutschen Volke einen großen Dienst habe erweisen wollen. Wenn man bemüht ist, den Kundgebungen der Hamburger Nachrichten die Spitze zu geben, als seien sie gerichtet gegen eine Stelle, die außerhalb der Debatte steht, so ist das der Gipfel der Unverschämtheit. (Sehr wahr! rechts, große Unruhe links.) Der Glanzpunkt der Aera Bismarck ist die Konfliktszeit in Preußen, wo die Liberalen daran arbeiteten, die Macht der Krone zu diskreditieren, und wo es nur Bismarck gelang, unter Einsetzung seiner Person, seines Vermögens und seines Kopfes die Macht der Königstreue und damit das Fundament des Deutschen Reiches zu retten. Er stellte die preußische Königsmacht wieder her, um die Lichtstrahlen der Krone heller strahlen zu lassen als vordem. Wer so etwas vollbracht hat, bleibt Monarchist bis zu seiner letzten Stunde. (Sehr wahr! rechts.) Den Herren, die sich bei dieser Gelegenheit herostratischen Ruhm erwerben wollen, gönne ich das vom Herzen. (Beifall rechts.)

Abg. **Liebknecht** (soz.): Die Leute, die sich herostratischen Ruhm erwerben wollen, sitzen gerade auf der rechten Seite des Hauses. Der Ausdruck „Unverschämtheit" seitens des Vorredners hätte ernstlich gerügt werden müssen. Ich freue mich, daß der Reichstag sich nicht dazu hat herabwürdigen lassen, dem Fürsten Bismarck zu Liebe seine Person aus der Debatte zu lassen, denn hier lassen sich Person und Sache nicht trennen. Es handelt sich um den Mann, der die Kriege von 1864 und 1866 hervorgerufen und der die Emser Depesche so redigiert, daß aus der Chamade eine Fanfare wurde. (Widerspruch rechts.) Fürst Bismarck wird als Gründer des Reichs hingestellt, man vergißt aber, daß die Verhältnisse so lagen, daß wenn Bismarck nicht gewesen wäre, ein anderer an seiner Stelle dasselbe hätte vollbringen müssen. Hätte Oesterreich Kenntnis von diesem Vertrage gehabt, so hätte es im Ernstfall sofort den Dreibund zerrissen, und die offiziöse österreichische und ungarische Presse sagt ja auch ganz offen, daß Bismarcks Verhalten ein Verrat am Vaterlande ist. Man sagt, Bismarck habe keine persönlichen Absichten gehabt, ja, wenn er nicht persönlich war, so war es die That eines politischen Verbrechers. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Bismarck hatte eine Neigung zum Absolutismus, Rußland war das Land in dem er sein Ideal erblickte. Schon früher habe ich es ausgesprochen, daß die Annexion von Elsaß Lothringen, wenn man nicht Frankreich mit Deutschland verbündet, Frankreich in die Arme von Rußland treiben müsse und das ist auch geschehen. Gelegentlich des chinesisch-japanischen Krieges ist ein zweiter Dreibund ge-

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Joseph Rieder.

40. (Nachdr. verb.)

Gattl hielt einen Augenblick ein, halb besinnungslos mit schaumbedeckten Munde, ohne Atem, und lehnte sich an eine Pappel. Er befand sich auf der Landstraße und in der Ferne vermochte er den hohen Turm von Mariakirchen zu erkennen. Schwerfällig taumelte er weiter und gelangte zu den ersten Häusern des Ortes, als es Nacht wurde.

In der ruhigeren Gangart begann er wenigstens wieder klarer zu denken und zu überlegen. Er war zu Tod erschöpft und konnte sich kaum mehr aufrecht halten. Um sich etwas zu sammeln und von der Anstrengung des Laufes zu erholen, wankte er in die erste Schenke, die er antraf, und ließ sich auf eine Bank fallen. Mehrere Fuhrleute saßen in der armseligen Spelunke an einem runden Tische, doch keiner brachtete den Eintretenden. Eine Kellnerin brachte dem Lehrer Brot und Bier und stellte ihm ein Kerzenlicht hin, das in einer Glasglocke brannte. Aber er hatte für die Aufmerksamkeiten der Dirne weder ein Wort noch einen Blick. Er berührte das Getränk nicht und ließ die Semmeln liegen. Alle Gedanken waren auf den nächsten Tag gerichtet. Was nun? rief es in ihm. Was nun? Zum Dekan gehen? Alles reumütig eingestehen und um Verzeihung bitten? Was das wohl nützte? Aufs Bezirksamt vielleicht, und noch einmal eine Szene verleben, wie die unvergeßliche vor dem Herrn Assessor? Nein! Also nach Oberkarbach zurück? Nein, nein! Von dort war er ja eben geflohen, als ein Dieb, der ein amtliches Dokument unterschlagen hatte! Nun erst kam es wieder über ihn, was er in seiner wahnsinnigen Angst begangen hatte.

Er lehnte den Rücken an die schmierige Wand der Gaststube und streckte die Beine von sich. Dann fuhr er mit beiden Händen in die Hosentaschen und glotzte auf den hölzernen Lichtständer, unter dem ein Zeitungsblatt lag.

Eine gute Weile saß er so, ohne sich zu rühren. Seine Augen hatten sich nach und nach auf einen bestimmten Punkt des weißen Bogens konzentriert, der ihm durch den fetten Druck aufgefallen war. Für sich wiederholte er ganz mechanisch die beiden Worte, die da standen, und las sie immer wieder ab, ohne sich darüber das mindeste zu denken.

Hoher Besuch.

So war ein Artikel überschrieben.

Hoher Besuch.

Ein elendes Leben! Was wird aus Anna werden? Was wird Balder sagen? Und was fängt man jetzt an? Was will man werden? Schreiber auf einem Amtsgericht? Bei einem Gerichte? Die sperren einen Dieb ein, aber sie stellen ihn nicht an! Einen Dieb!

Aber was dann! Leben muß man doch und das arme Mädel soll doch vor der Schande gerettet werden. Giebt es denn kein Mittel, keinen Ausweg mehr?

Hoher Besuch.

Hilft uns denn niemand?

Hoher Besuch.

Diesmal überlegte der Lehrer den Sinn dieser eigentümlichen Ueberschrift. Er wiederholte halblaut die beiden Worte und neigte sich zu dem Blatte herab. Da überlief es ihn eiskalt. Er riß die Hände aus den Taschen und hielt die Zeitung, die in verschnörkelten Buchstaben den Titel:

„Mariakirchener Bote"

trug, an das Licht.

Was stand da geschrieben?

„Wie in früheren Jahren, so ist auch heuer wieder Se. Exzellenz der Herr Unterrichtsminister Dr. v. Schultz, unser hochverehrter Gast mit seiner geehrten Familie in unser so herrliches Thal zum Landaufenthalt gekommen. Die dankbare Bevölkerung Mariakirchens hat aus dem freudigen Anlaß der sinnmaligen Wiederkehr Sr. Exzellenz beschlossen eine große Feier zu veranstalten und findet dieselbe heute, am 3. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Elephanten statt, wozu Se. Exzellenz ihr gütiges Erscheinen zusagen die hohe Freundlichkeit hatten.

Möge es Sr. Exzellenz beschieden sein, in unseren Bergen die Erholung von der aufreibenden Thätigkeit im Staatsdie . . .

Gattl brach die Lektüre ab.

Der Minister hier? Das war der einzige Mensch, der noch helfen konnte! Balder mußte ihn aufsuchen, so bald als möglich! Aber halt! Balder war ja noch fern und bis er zurückkehrte, konnte ja schon alles zu spät sein! Wann findet die Feier statt? Am 3. Juni? Das war ja heute! Wenn er selbst zum Minister ginge? Aber das war ja heller Wahnsinn! Einen so hohen Herrn anreden! Und doch geschehen mußte etwas, denn das zerknitterte Schriftstück in der Tasche brannte wie Feuer.

Mit festem Entschlusse sprang der Lehrer auf und eilte ins Freie.

Wohin er vor hatte wußte er selbst noch nicht recht, jedenfalls aber wollte er einmal in den Gasthof gehen, wo man das Fest feierte.

17.

Am stark besetzten Geländer der hochgelegenen Musiktribüne gelang es dem Lehrer, noch ein Plätzchen zu erhaschen und einen Blick über den ganzen Saal zu gewinnen. Neben ihm blieben die Musikanten, daß der Boden zitterte. Er mußte lange suchen bis er den Minister fand, weil vor dem Ehrenplatze der quiesenförmig aufgestellten Tafel ein üppiger Strauß von roten Mohnblumen stand, der den Geferten etwas verdeckte.

Also er war wirklich da inmitten der sämtlichen Honoratioren Mariakirchens! Neben ihm saß die Frau Bezirksamtmann in einer grasseidenen Toilette mit zum Platzen engen Aermeln und schwarzem Spitzenbesatz. Auf der anderen Seite befand sich die Frau Oberamtsrichter in litafarbenem Kleide, das an den Hand gelenken weiße Atlasschleifen verzierten. Dann kam der Herr Apotheker mit der Frau des Bezirksamts-Assessors. Diese trug über dem braunen Satinkleide eine rote Korallenkette und blickte ärgerlich auf die Frau des Kreistierarztes, die ein weiß gemustertes, hellblaues Sommerkleid schmückte. Der Herr Bezirksamtsassessor hatte sie zu Tische geführt.

Die knallrote Robe, die zwischen dem Herrn Bezirksarzt und dem Forstmeister hervortrat, gehörte der Gattin des Herrn Bahnhof Expeditors. Ihr saß der griesgrämige Rentbeamte mit der Frau des Herrn Oberprometers gegenüber. Diese trug ein oft gewaschenes cremefarbenes Kleid und unterhielt sich lebhaft mit dem immer lächelnden Herrn Amtsrichter. Um die hochschulterige dürre Tochter des Bezirksamtmanns, die ein violasseidenes Gesellschaftskleid und Blumen im Haar trug, bemühte sich ein kleiner, kummnäsiger Rechtspraktikant, der ihr auffallend den Hof machte und sich niemals nach der Seite drehte, wo die einfach gekleidete Frau des Bezirksamts-Offizianten saß. Ihr merkte man an, daß sie in diesem Kreise nur eine Geduldete war, denn sie wagte kaum die Augen aufzurichten und ihren Nachbar, den Redakteur vom Mariakirchener Boten, anzublicken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218961118-18/fragment/page=0001

schlossen mit den Ländern, gegen die sich der erste Dreibund richtete. Das Bürgertum braucht zur Erhaltung seiner Grundlagen Gewaltmenschen wie Bismarck, Napoleon und Crispi. Der Dreibund steht jetzt nicht mehr so fest wie früher. Wer wirklich patriotisch ist, der muß sich für einen Kampf mit Frankreich und Rußland der Hilfe Englands versichern. Es ist ein Verdienst der jetzigen Enthüllungen, daß sie wie ein elektrisches Licht hineingeleuchtet haben in die Büsche und dunklen Wege der Diplomatie, in die Spitzbuben- und Räubermoral der Geheimverträge, die jede Großmacht gegen die andere ausspielt. Minister, die Geheimverträge abschließen, müßten in den Anklagezustand versetzt werden. Wir Sozialdemokraten werden der unheiligen Allianz der Regierungen die heilige Allianz der Völker entgegensetzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.)

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) spricht sein Vertrauen zum Fürsten Bismarck aus. Seine Partei sei auch überzeugt, daß er nie etwas anderes im Auge gehabt habe als das Wohl und Wehe (!) des Vaterlandes. Seine Gegner vermögen das nicht einzusehen, aber seine Anhänger zählten doch nach Millionen.

Abg. **Paasche** (natlib.): Die Verdächtigungen persönlicher Rachsucht und Rancüne, welche gegen den Fürsten Bismarck von gewissen Seiten gemacht seien, fielen auf diejenigen zurück, die sie ausgesprochen. Durch die Enthüllungen sei viel Wasser in die französische Begeisterung gegossen worden.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.): Die Enthüllungen hätten die Stellung Deutschlands gestärkt. Fürst Bismarck werde bis zum letzten Atemzuge für das Wohl des Vaterlandes verantwortlich sein. Er werde in diesem Sinne der unabsetzbare erste Kanzler des Reiches bleiben. (Lachen links.)

Abg. **Haußmann** (südd. Volksp.): Die Enthüllungen richteten sich gegen die allerhöchste Spitze. Es sei bemerkenswert, daß Graf Herbert Bismarck das Wort nicht ergriffe. Offenbar ließen sich die Angriffe gegen die Krone nur anonym verteidigen.

Abg. **Rickert** (freis. Vergg.) polemisiert gegen den Abgeordneten v. Kardorff. Fürst Bismarck ist auch oft ohne die Konservativen fertig geworden, er hat selbst das Programm der Fortschrittspartei dem der Konservativen gegenübergestellt. Wenn es nach den Konservativen gegangen wäre, würden wir die Sehnsucht nach dem Reiche noch jetzt im Herzen tragen. Graf Caprivi selbst ist viel zu vornehm, um sich zu äußern, haben Sie doch Respekt vor dieser Vornehmheit!

Hierauf wird die Debatte geschlossen gegen die Stimmen der Linken.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Richter** (freis. Volksp.): Graf Mirbach warf mir vor, nur auf ein in dem Neuen Wiener Tageblatt veröffentlichtes Interview meine Ausführungen gestützt zu haben. Das ist nicht der Fall, ich habe nur gesagt, daß sich die Worte dieses Interviewers genau mit den sonstigen Ausführungen der Presse des Fürsten Bismarck decken. Dem verehrten Kollegen Liebermann v. Sonnenberg ein ich nicht in der Lage irgend etwas übel zu nehmen, denn er ist der Spaßmacher für die Herren von der Rechten, er ist berufen, diejenigen Scherze zu machen, worüber die Herren auf der rechten Seite gern lachen, die sie aber selbst zu machen zu vornehm sind. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Liebermann meint, ich hätte die Antisemiten als Frankfureurs bezeichnet, während ich sie doch gerade als Krongarde des Fürsten Bismarck bezeichnet habe. (Beifall links.)

Abg. Graf Herbert **Bismarck**: Auf die persönliche Bemerkung des Abg. Richter kann ich nur wiederholen, was der Graf Mirbach schon für mich zu erklären die Güte hatte. Der Abg. Haußmann meinte, ich hätte mich heute zum Wort melden müssen. Dazu hatte ich wohl keinen Anlaß, denn nach den Erklärungen des Reichskanzlers fehlte für mich die Basis für eine sachliche Diskussion, und es hätte keinen Zweck, wenn ich mich auch mit Hypothesen hätte abgeben wollen. Ob es für mich angemessen wäre, zu reden, ist eine Frage des Taktgefühls, das bei verschiedenen Leuten verschieden entwickelt ist. (Sehr gut! rechts.) Ich gehe umgekehrt so weit, daß ich sage, Herr Haußmann hätte seinem Ansehen mehr genutzt, wenn er heute nicht gesprochen hätte.

Abg. Dr. **Lieber** (Zentr.) erklärt gegenüber dem Abg. Liebermann von Sonnenberg, daß er in seiner Rede der Befriedigung über die Ehrung Bismarcks durch den Staatssekretär keinen Ausdruck gegeben habe.

Abg. **Haußmann** (deutsche Volksp.): Ueber Taktgefühl kann ich mit dem Grafen Bismarck nicht streiten, im Punkte des Taktgefühls steht die Familie Bismarck gegenwärtig nicht auf der Höhe der Situation. (Pfuirufe rechts.) Der Abg. v Liebermann hat sich darüber beschwert, daß ich den Abg. Ahlwardt als zu seiner Partei gehörig bezeichnet habe. Das habe ich nicht gethan. Da es aber in der antisemitischen Partei sieben Linien giebt, so wie bei den Fürsten Hohenlohe, so ist man nicht in der Lage, zu wissen, zu welcher der einzelne gehört. Aber die Parteien des Abg. Liebermann und des Abg. Ahlwardt sind einander wert.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, 1 Uhr (freisinnige Interpellation über das Duellunwesen und den Fall Brüsewitz.)

Schluß 6 Uhr.

Tagesgeschichte.

Darf ein prügelnder Offizier verhaftet werden? Der Leutnant a. D. und Gutsverwalter Karl Saatz hatte beim Sedanrummel des vorigen Jahres auf dem Marktplatz zu Köslin eine Rüpelei gegen Polizeibeamte begangen und war deswegen am 6. Juli d. J. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 75 M. Geldstrafe verurteilt worden. In der Revision gegen dies Urteil stützte er sich darauf, daß nach einer Kabinettsordre vom 6. Dezember 1855 Offiziere von Polizeibeamten nur dann verhaftet werden dürfen, wenn sie bei Ausführung eines Verbrechens betroffen werden, was hier nicht der Fall gewesen sei. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die Revision unter folgender Begründung:

„Wenn der Senat sich auf die Interpretation der fraglichen Kabinettsordre einzulassen hätte, so würde zu sagen sein, daß das Wort „Verbrechen" in derselben nicht nach dem heutigen bürgerlichen Strafgesetzbuche zu beurteilen ist, sondern nach dem 1855 geltenden Militär Strafgesetzbuche. Dieses versteht aber unter Verbrechen jeden Verstoß gegen die Gesetze. Es ist auch nicht anzunehmen, daß durch jene Kabinettsordre ein Zustand hätte geschaffen werden sollen, der es unmöglich mache, Offiziere zu arretieren, die sich zum Beispiel einer schweren Körperverletzung mittels der Waffe (also nur eines „Vergehens" im Sinne des bürgerlichen Strafgesetzbuches) schuldig machen, obwohl die Festnahme im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten erscheint. Indessen war die Auslegung, welche der Kabinettsordre durch die Vorinstanz zu teil geworden ist, nicht nachzuprüfen, da die Kabinettsordre nicht als eine Rechtsnorm anzusehen war, sondern ebenso wie die Dienstinstruktionen von Eisenbahnbeamten rc. als ein Internum innerhalb eines Verwaltungszweiges. Es mußte deshalb als thatsächlich unanfechtbar festgestellt werden, daß der Angeklagte den betreffenden Beamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes Widerstand geleistet habe."

Wegen Majestätsbeleidigung hatte der Arbeiter Brandstedter die am Spitzengang in Kiel wohnende Ehefrau Lewandowsky denunziert. Der Ausdruck, den die Frau gebraucht, ist jedoch nach Ansicht des Kieler Gerichts überall beim Volke gebräuchlich und nicht beleidigender Natur, auch wird die Absicht der Beleidigung nicht angenommen und erfolgt deshalb kostenlose Freisprechung. Der Denunziant jedoch, welcher trotz mehrfacher Verwarnung des Vorsitzenden mit seiner eidlichen Aussage sich im direkten Widerspruch mit zwei vom Gericht als glaubwürdig befundenen Zeugen befindet, wird wegen dringenden Verdachts des Meineides sofort in Haft abgeführt. Die Oeffentlichkeit war bei dieser Verhandlung ausgeschlossen.

Zwei neue Brüsewitze. Aus Wangen bei Kanstatt teilt man unserem Stuttgarter Parteiorgan unter Angabe von Zeugen nachfolgenden, beinahe unglaublichen Fall mit. Am vergangenen Sonntag abend betraten kurze Zeit nach 11 Uhr der Schutzmann nebst Amtsdiener eine Wirtschaft, die meist von Arbeitern besucht wird und forderten die Gäste auf, die Wirtschaft zu verlassen, da die Polizeistunde vorüber sei. Die Leute kamen dieser Aufforderung nach, jedoch machte einer derselben auf der Straße die Bemerkung, daß doch in einer daneben liegenden, von der besseren Gesellschaft besuchten Wirtschaft ebenfalls noch Gäste anwesend seien, warum denn dort nicht so „schneidig" vorgegangen werde wie hier. Ein anderer machte ebenfalls eine derartige Bemerkung, erhielt aber dafür von dem Schutzmann einen Stoß auf die Brust, wodurch er zu Boden stürzte. Während der Mann sich wieder erhob, hatten sowohl der Schutzmann als der Amtsdiener ihre Säbel gezogen. Zwei der jungen Leute ergriffen die Flucht, wurden aber von dem Schutzmann verfolgt, welcher einem derselben eine drei Zentimeter lange Säbelwunde im Genick beibrachte, eine weitere am Arm; der andere junge Mann erhielt eine ebenfalls bedeutende Wunde am Handgelenk, sowie mehrere leichte Verletzungen. Während dieses Vorganges stand der dritte der Beteiligten ruhig beiseite; auf einmal kam der Amtsdiener mit blanker Waffe auf ihn zu mit dem Rufe: „Willst Du springen?" Der also Angefahrene erwiderte ganz ruhig: „Nein, springen thue ich nicht, das halte ich nicht für nötig." Der Hüter der Ordnung rief darauf: „Wenn Du nicht springst, haue ich Dir eins über den Schädel." Der Mann bat hierauf, ihn doch in Ruhe zu lassen, da er ja nichts von ihm wolle. Aber in demselben Augenblick sauste die Waffe des Ordnungshüters auf ihn nieder und verursachte ihm eine vier Zentimeter lange klaffende Wunde am Hinterkopf. Auch der Schutzmann, der unterdessen wieder zurückgekommen war, konnte nicht umhin, dem Manne noch zwei weitere Hiebe beizubringen. Blutüberströmt verließ auch dieser den Ort der That. Alle Mißhandelten sind arbeitsunfähig und befinden sich in ärztlicher Behandlung. — Wohin sollen diese Rohheiten noch führen?

Ausland.

Schweden. Eine Beschränkung des kommunalen Stimmrechtes wird in Schweden für die Landbevölkerung geplant.

Spanien. Eine neue Anleihe von 241 Millionen ist nach amtlicher Mitteilung bei der Bank von Spanien bis heute mittag gezeichnet.

Spanien. Wie auf Kuba gesiegt wird. Mit den Siegen auf Kuba, die in der letzten Zeit wieder zweimal wöchentlich gemeldet werden, sieht es wohl recht schlecht aus, sonst wäre die folgende Meldung der Frankfurter Zeitung aus Madrid nicht verständlich: „General Weyler hat seinen Truppen die Weisung erteilt, jeden Zeitungskorrespondenten, ob Ausländer oder Spanier, der sich auf dem Kriegsschauplatz zeigt, niederzuschießen." Würden die Spanier wirklich siegen, so hätten sie an der Anwesenheit von Vertretern der Presse kaum etwas auszusetzen.

Rußland. Wozu das? Aus Odessa wird gemeldet: In allen Häfen des Schwarzen Meeres ist ein durch den Kommandanten der Schwarzen Meer-Flotte übermittelter Befehl der Admiralität eingetroffen, welcher alle Reserve-Offiziere der Flotte sowie die Hochbootsleute und Lotsen anweist, sich unverzüglich bereit zu halten, sich während des Monats Dezember jeden Augenblick in Sebastopol zu sammeln, wenn sie dazu aufgefordert werden. Der Kreuzer Pamyat Merkuri wird eiligst für den Transport von Truppen eingerichtet.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Ein Streik in einer Harburger Fabrik war der Anlaß dazu, daß der Fabrikarbeiter Friedrich Könemann sich am 8. Juli vor dem Landgericht Stade zu verantworten hatte. K. hatte nebst anderen Arbeitern die Arbeit niedergelegt und war mit einem Kollegen, welcher weiter arbeiten wollte, aneinandergeraten. Durch Drohungen hatte er denselben zu veranlassen gesucht, die Arbeit gleichfalls niederzulegen. Das Landgericht Stade verurteilte den K. wegen versuchter Nötigung zu 4 Monaten Gefängnis. Nach eingelegter Revision gegen das Urteil erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision.

§ Wegen unbefugten Abdruckes der Anklageschrift aus der Vorgeschichte des großen Werderschen Brandstifterprozesses stand Genosse Huth wieder einmal vor dem Schöffengericht zu Brandenburg. Der Amtsanwalt beantragte 30 Mk. Geldstrafe. Das Gericht jedoch folgte den Ausführungen H.'s und sprach denselben frei.

§ Wegen Tragens republikanischer Abzeichen wurde vom Schöffengericht zu Pegau unser Vertrauensmann Karl Hertrig zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte bei dem Begräbnis des Genossen Reichelt einen Kranz mit roter Schleife getragen. Genosse Richard Barth und der Vater des Beerdigten, die einige Worte am Grabe gesprochen, erhielten 14 Tage Haft und 16 Mk. Geldstrafe.

§ Der Vortrag eines Chorliedes verboten wurde am Sonnabend abend anläßlich des Stiftungsfestes des sozialdemokratischen Vereins Alt-Leipzig, das im Pantheon gefeiert wurde. Das schöne Fest verlief trotzdem ungetrübt und in bester Stimmung.

§ Ein Verfahren wegen Gotteslästerung ist gegen den verantwortlichen Redakteur des Aachener Volksblattes, Gen. Krahwinkel, eingeleitet worden.

Parteinachrichten.

— Die Reichstagsfraktion ernannte als Redner zum Etat Liebknecht und Schippel.

— Sein 25jähriges Arbeiterjubiläum feierte in Lüneschied ein Arbeiter. Zwischen Fabrikant und Jubilar entspann sich nun am Morgen des Ehrentages folgendes Gespräch: „Sie sind also nun 25 Jahre hier?" — „Jawohl!" — „Ja, sehen Sie, wenn Sie nun noch 25 Jahre hier sind, dann sind Sie 50 Jahre hier!" Sprach's, drehte sich um und ließ den verblüfft dreinschauenden Arbeiter stehen.

— Die Gewerbegerichtswahl in Hörde hatte ein glänzendes Resultat. Es wurden abgegeben 170 Stimmen für den Sozialdemokraten, 44 Stimmen für den Hirsch-Dunckerschen und 15 Stimmen für den evangelischen Arbeiterverein.

— Schüler als Sozialdemokraten. Als in Kastel bei Köln einige Schüler der obersten Klasse am Sonnabend zu spät zur Schule kamen, wollte der Lehrer ihnen den Willkommensgruß mit dem Stock beibringen. Als die Schüler jedoch hiergegen energische Einsprache erhoben, nahm der Lehrer mit der Bemerkung: „Ihr seid lauter Sozialdemokraten!" davon Abstand.

Ueber das neue Regulativ des Gewerkschaftskartells in Halle.

(Schluß.)

Mehr formeller Natur sind die Aenderungen, die durch das neue Regulativ am nächsten Paragraphen vorgenommen worden sind. Er lautete bisher:

10. Beschwerden an den Fabrikinspektor wegen Uebertretung der Gewerbeordnung seitens der Arbeitgeber oder wegen Abstellung von Mängeln bezüglich sanitärer Einrichtungen in den Werkstellen oder Fabriken, sind jedem Vertreter seines Gewerks mitzuteilen, der es dann weiter der dazu vom Kartell bestimmten Person zum weiteren Austrag bei dem Fabrikinspektor oder der Polizei besorgt.

Die neue Fassung wurde ohne Debatte und einstimmig angenommen in folgender Form:

Außer dem regelnden Eingreifen in die Ausstände, Sperren, Boykotts u. s. w. liegt dem Kartell die Pflicht ob, die Verfolgung der Beschwerden wegen Uebertretung der Gewerbeordnung in die Hand zu nehmen und auf Abstellung der in Werkstätten oder Fabriken vorhandenen sanitären Mängel sowie mangelnden Schutzvorrichtungen durch Meldung bei der Fabrikinspektion zu dringen. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, bestehende Uebelstände dem Vertreter seiner Gewerkschaft im Kartell zu melden, der nach Untersuchung des Falles die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung dem Kartell zu unterbreiten hat.

Von prinzipieller Wichtigkeit dagegen war die Fassung des nächsten Punktes, welcher von dem Eingreifen des Kartells in die Wahlen zum Gewerbegericht handelt. Er lautete bisher:

11. Bei der Wahl zu dem Gewerbegericht hat das Kartell die Vorarbeiten (Aufstellung der Kandidaten) und Agitation mit zu besorgen. Anzustreben ist, daß die Wahl lediglich von dem Kartell allein geregelt resp. besorgt wird

Der Standpunkt, daß die Wahlen lediglich vom Kartell besorgt werden möchten, wurde von der Mehrheit des Kartells nicht geteilt. Nach längerer Debatte, in welcher die prinzipielle Seite der Angelegenheit eingehende Würdigung fand, kam vielmehr vorwiegend die Meinung zum Ausdruck, daß zwar die Aufstellung der Kandidaten sowie die Erledigung der Vorarbeiten dem Kartell zu übertragen seien, daß jedoch die endgiltige Zustimmung zur Kandidatenliste einer Parteiversammlung vorbehalten bleiben müsse. Es soll auf gewisse Vorkommnisse hier nicht näher eingegangen werden; es genügt, wenn wiederholt wird, was alle wissen, daß nämlich gegen das Verhalten vereinzelter Beisitzer begründete Beschwerden laut geworden sind. Das Kartell glaubte, eine größere Garantie für die Zuverlässigkeit der Kandidaten zu haben, wenn sie dem Paragraphen folgende Fassung gab:

Dem Gewerkschafts-Kartell liegt die Erledigung der Vorarbeiten für die Wahlen zum Gewerbegericht, die Aufstellung der Kandidaten und die Wahlagitation für die Gewerbegerichtswahlen ob. Die vom Kartell aufgestellten Kandidaten unterliegen der Zustimmung durch eine öffentliche Partei-Versammlung.

Für sich selbst sprechen die weiteren Aenderungen und Zusätze, die bei den letzten Paragraphen für nötig erachtet wurden. Sie lauteten bisher:

Alle in das gewerkschaftliche Leben fallenden Statistiken hat das Kartell, so weit es dazu im stande ist, auszuführen.

Die Abrechnungen über Streiks und Verwaltung des Kartells werden im Volksblatt oder öffentlicher Versammlung bekannt gegeben.

Die neue Fassung der Schlußparagraphen ist dagegen folgende:

Das Gewerkschafts-Kartell hat alle aufzunehmenden Statistiken wirtschaftlicher oder gewerkschaftlicher Natur zu besorgen.

Jede zum Kartell gehörige Gewerkschaft hat monatlich mindestens 1 M. an die Kasse des Kartells abzuführen. Auf Beschluß des Kartells kann der Beitrag erhöht werden.

Alle Halbjahre hat das Kartell im Volksblatt einen Bericht über seine Thätigkeit zu veröffentlichen

Jede Gewerkschaft ist verpflichtet, halbjährlich eine Branchenstatistik dem Kartell einzureichen über die Zahl der in der Branche am Orte thätigen Arbeiter, über die Zahl der Organisierten, über die veranstalteten Versammlungen, die vorgekommenen Differenzen mit den Arbeitgebern, die gezahlten Löhne, die Ausdehnung der Ueberstundenarbeit rc.

In möglichst regelmäßigen Zwischenräumen sind vom Kartell öffentliche Gewerkschaftsversammlungen zu veranstalten.

Aufgabe des Kartells ist es, alle noch nicht organisierten Branchen zu organisieren und sie zur Vertretung im Kartell heranzuziehen.

Aenderungen und Zusätze zu vorstehendem Statut können durch Mehrheitsbeschluß einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung oder des Kartells selbst vorgenommen werden.

Die große öffentliche Gewerkschaftsversammlung, welche auf Mittwoch nachmittag 4 Uhr in Prinz Karl einberufen ist, wird über die Annahme des Regulativs zu entscheiden haben. Voraussichtlich wird es ohne wesentliche Veränderungen angenommen werden. Aber seien wir uns alle darüber klar: Ein Regulativ, und sei es noch so trefflich, kann an sich nie und nimmer ein frisches gewerkschaftliches Leben erzeugen. Es kann nur den Rahmen vorstellen, innerhalb dessen das Gewebe hergestellt wird. Laßt uns, Genossen, darum Mann für Mann unablässig arbeiten an der frischen und kräftigen Entfaltung des Gewerkschaftslebens! Laßt uns weben, daß der Rahmen ausgefüllt wird, weben am Webstuhl der Zeit.

Zur Arbeiterbewegung.

— Die Arbeit niedergelegt haben 44 Schlosser, Dreher und Hilfsarbeiter in der Fahrrad-Fabrik von Liepa u. Braeft in Brandenburg.

— Die Arbeit eingestellt haben die Maschinisten und Heizer der La Jasse-Kohlengrube bei Nimes (Südfrankreich). 1000 Mann des 7. Genieregiments werden die Ausständigen ersetzen.

— Moskau. Ausständig sind 350 Weber der Fabrik der Brüder Sotow in Kostrowa.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 17. November 1896.

* **Hand ans Werk!** Nochmals machen wir alle unsere Freunde und Genossen auf die morgen nachmittag 4 Uhr in Prinz Karl stattfindenden öffentliche Gewerkschaftsversammlung aufmerksam. Die Tagesordnung ist durch Inserat bekannt geworden. Jedermann hat Zutritt. Da der Sozialdemokratische Verein seine fällige Sitzung mit Rücksicht auf die morgende Versammlung hat ausfallen lassen, darf wohl erwartet werden, daß auch die hiesigen und auswärtigen Mitglieder dieses Vereins möglichst vollzählig erscheinen. Daß jeder gewerkschaftlich organisierte Genosse den Besuch der Versammlung als Pflicht erachtet, muß als selbstverständlich vorausgesetzt werden können. Wir alle wissen und empfinden, daß unsere Gewerkschaftsbewegung noch nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben steht. Hier die Hand zur Besserung aus Werk zu legen, ist eine der Aufgaben der morgenden Versammlung. Aber auch alle die, welche aus dem einen oder andern Grunde bisher sich noch keiner gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben, werden aus dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189611 18-18/fragment/page=0002

Vortrage unseres bewährten Genossen Timm Vorteil ziehen. Möge die Versammlung ein Marksteln werden für unsere Gewerkschaftsbewegung, allen zum Nutzen, keinem zum Schaden. Das Zusammenraffen aller Kräfte zu gemeinsamer zielbewußter Arbeit thut dringend not.

* **Getäuscht.** Wir gaben gestern der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadtverordneten den zwischen dem Magistrat und Herrn Dehoff vereinbarten Kontrakt, durch welchen Herrn Dehoff ein sehr einträgliches Monopol auf die Besorgung der Leichenfuhren verliehen wird, ab ehnen würden. Selbst in dieser Erwartung sind wir getäuscht worden. Die Stadtverordneten haben den Vertrag genehmigt. Die städtischen Kollegen von Halle haben es also in ihren Mehrheiten für zulässig erachtet, daß die Stadt mit einem Manne in geschäftlicher Verbindung bleibt und ihm ein sehr lohnendes Vorrecht giebt, der vor der Oeffentlichkeit durch den bekannten Kuppeleiprozeß schwer kompromittiert ist. So wird der „ethische Standpunkt" gewahrt. Herr Rechtsanwalt Schütte trat für Herrn Dehoff ein.

* **Wozu Soldaten nötig sind.** Man schreibt uns: Wir wurden am Sonntag nicht wenig überrascht, als wir sahen, daß Merseburger Husaren bei Querfurt auf dem Felde mit Rübenziehen beschäftigt waren. Nicht weniger als 11 (elf) Mann erschöpften ihre Kräfte in dieser die Waffentüchtigkeit außerordentlich vermehrenden Thätigkeit auf einem Felde zwischen Querfurt und Leimbach. Das Feld gehört zum Rittergut. — Kommentar überflüssig.

* **Wozu Soldaten Zeit haben.** Am Sonntag vormittag, just als die Glocken der Stefaniekirche die Frommen zum Kirchenbesuch einluden, marschierten fünf Soldaten heran, die auf einem Kompagniewagen, Polster- und Rohrstühle, sowie ein Sofa transportierten. Sie lieferten die Möbel in dem Hause Blumenthalstraße 14 ab.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Das letzte Gastspiel der berühmten italienischen Primadonna Franceschina Prevosti, welche am Montag das hallesche Publikum wieder durch ihre virtuose Gesangskunst und ihre unvergleichliche Darstellungskunst entzückte und wahre Beifallsstürme entfesselte, findet Donnerstag den 19. November statt. Mittwoch bleibt das Theater des Bußtages wegen geschlossen, doch ist am Vormittag von 12—1 Uhr die Kasse zur Entgegennahme von Vorbestellungen für das letzte Gastspiel von Signorina Prevosti geöffnet. Freitag wird bei kleinen Preisen (Parkett 1.40 M.) die beliebte komische Operette „Die Fledermaus" gegeben. Für die Weihnachtszeit wird das reizende Görner'sche Märchen „Aschenbrödel" mit neuer glänzendster Ausstattung und neuer Inszenierung, welche an Pracht das vorjährige Weihnachtsstück noch übertreffen soll, vorbereitet.

* **Aus dem Bureau des Thaliatheaters.** Am Mittwoch bleibt das Theater wegen des Bußtages geschlossen. — Donnerstag findet die erste Aufführung des reizenden Moserschen Lustspiels „Der Veilchenfresser" statt. Herr Direktor Gluth wird darin zum erstenmale und zwar in der Partie des Husaren-Offiziers Viktor v. Berndt (Titelrolle) auftreten. Der Freitag bringt die Premiere der Lustspiel-Novität „Bocksprünge" von Kraatz u. Hirschberger, welche in Berlin bereits seit drei Monaten ununterbrochen ausverkaufte Häuser und die größte Heiterkeit erzielte.

* **Aus dem Bureau des Wallhallatheaters.** Wie wir vielfachen Anfragen gegenüber nochmals bemerken wollen, findet am heutigen Dienstag regelmäßige Vorstellung statt und bleibt das Theater nur am morgigen Mittwoch (Bußtag) geschlossen.

* **Eine starke Kopfverletzung** erhielt anläßlich eines Streites bei einer Geburtstagsfeier in der Geiststraße die Tischlerfrau H. Das betreffende Wiegenfest scheint einen etwas heißen Charakter gehabt zu haben.

* **Vom Messer.** Montag früh 6 Uhr geriet der Gartenarbeiter Ziegler aus Trotha in der Wuchererstraße in Wortwechsel mit Vorübergehenden. Das führte zu einer Rauferei, welche in eine Messerstecherei ausartete.

* **Gestohlen** wurde vor einigen Tagen aus einem unbeaufsichtigten Laden in der Beesenerstraße die Ladenkasse, welche 48 Mark enthielt. Die schlauen Diebe schlossen die Ladenbesitzer in ihrer Wohnstube ein, so daß sie unbehelligt mit ihrer Beute das Weite suchen konnten.

Schleudit. Am Sonntag fuhr der Arbeiter Fr. Werner mit seiner Frau von hier nach Naumburg, um ihren dort beim Militär dienenden Sohn zu besuchen. Bei der Rückkehr prellt der sonst rüstige Mann im Bahnwagen zwischen Gröbers und Dieskau einen Schlaganfall. Er war sofort eine Leiche.

Eisleben. Herr Leuschner berichtigt wieder. Er schreibt uns:

„Die in Nr. 258 des Volksblattes enthaltene Behauptung der Obersteiger Heyer — nicht Geier — sei wegen Trunksucht von seinem Posten entlassen, ist unrichtig. Heyer ist auf seinen Antrag mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit von der Stolle-Verwaltung nach dem Burgdrner Revier versetzt. — Ebenso unrichtig ist, daß der an die Stelle von Heyer getretene Fahrsteiger Albrecht vom 81. Lichtloch weggenommen sei, weil er Bergleute geschlagen habe. Der Grund seiner Versetzung ist vielmehr lediglich der, daß er zur Uebernahme der Ste e bei der Stollen-Verwaltung für qualifiziert erachtet wurde."

Die Ober Berg und Hütten-Direktion.
Leuschner.

Schon gut, Herr Leuschner! Wir konstatieren, daß Albrecht nicht deshalb versetzt worden ist, weil er die Leute gepriügelt hat. Wir waren in der That unvorsichtig und voreilig, als wir die Möglichkeit eines solchen Grundes annahmen.

Löbejün. Am 30. Novbr. wird die Enthüllung des Löwe-Denkmals stattfinden. Es ist dieser Tag der hundertjährige Geburtstag des Tondichters Dr. C. Löwe, welcher sich durch seine Lieder und Kompositionen einen Namen geschaffen hat.

Zeitz. Am Freitag abend zog sich ein Bahnarbeiter eine Verletzung eines Fußes dadurch zu, daß er einen Fehltritt machte und hinstürzte. Von Mitleidigen wurde der Verunglückte auf einem Schubkarren, der gerade zur Hand war, in seine Wohnung gefahren.

Zeitz. Ein Unglücksfall ereignete sich am Freitag abend im Thüringer Hof. Die Mutter des Wirtes Rümnler stürzte, wie uns mitgeteilt wird, von einer Treppe herab und brach den Hals. Die Bedauernswerte war auf der Stelle tot.

Zeitz. Petersburg, die Stadt des Absolutismus, gelangt in dieser Woche im Panorama zur Ausstellung. Da es dem Arbeiter nicht vergönnt ist, Reisen zu machen und sich die Welt, wie sie in Wirklichkeit ist, zu besehen, so kann er in einem Besuche im Panorama sein Wissen bereichern. In 50 Bildern werden ihm die Hauptgebäude, Statuen, Brücken 2c. vor Augen geführt. Ein solcher Besuch ist immer sehr anregend.

Erfurt. Anläßlich einer Bierreise wurde dem Müller Alfred Becke aus Weimar am vergangenen Donnerstag, als er im Bahnhofsrestaurant eingeschlafen war, von einigen Saufkumpanen seine ganze Barschaft in Höhe von 1800 Mk. gestohlen. Einer der Täter, bei dem man noch einen Tausendmarkschein fand, wurde festgestellt und verhaftet.

Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Das Agitationskomitee besteht aus den Genossen Bach, Martin, Hübler, Berger und Voigt, sämtlich in Schkeuditz. Anfragen sind an Genossen Gustav Bach, Notendrucker, Hallesche Straße, zu richten.

Vermischtes.

* **Montenegro.** Durch starke Regengüsse gänzlich vernichtet ist der serbische Marktflecken Ljubovitsch.

* **Wegen Verleumdung** ist das Mitglied des Petersburger Stadtrates Kabrina von 23 Stadträten betreffs einer angeblichen Bestechung zum Zwecke des Baues einer Newabrücke angeklagt worden. Kabrina wurde zu 9 Tagen Gefängnis verurteilt.

Mitteilungen der Brauerei-Kommission.

Der Viktualienhändler **Müller**, kleine Ulrichstr. 31, führt wieder **Bauersches Bier.**

Briefkasten der Redaktion

C. B. Sie brauchen für die Gerichtskosten nicht einzustehen. Erfolgt Pfändung, so reklamieren Sie die Pfandstücke als Ihr Eigentum.

Löbejün. Wenn das Wegnehmen ein schlechter Witz hat sein sollen, so wäre es in der That ein schlechter Witz, der unter Arbeitern nicht vorkommen sollte.

Standesamtliche Nachrichten.

Giebichenstein, vom 11. bis 13. November.

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Heinrich Karl Paul Riemann und Wanda Luise Hildebrandt (Bölberg). Der Handarbeiter Ferdinand Günther und Wilhelmine Schaaf geb. Dannenberg (große Brunnenstraße 54).

Geboren: Dem Stellmachermeister H. G. Mende eine T., Luise Emma (Burgstraße 8). Dem Schmied A. Siegmund eine T., Hedwig Minna Emma Else (Augustiastraße 1). Dem Fabrikarbeiter H. Busch eine T., Klara Marie (Reilstraße 45).

Gestorben: Des Bahnarbeiter R. Knöfler S. Richard Hermann, 2 Mon. (Augustiastraße 8). Der frühere Gutsbesitzer Hermann Ferdinand Viktor Peter, 42 J. (Mainstraße 7). Des Maurer R. Hofmann T. Emilie Elsa, 7 J. (große Brunnenstraße 49). Des Bahnarbeiter Lorenz Susok Ehefrau Selma Frieda geb. Stransky 26 J. (große Brunnenstraße 46). Der Glasermeister Friedrich Wilhelm Mattick, 67 J. (kleine Breitenstraße 3). Des Handarbeiter C. Höpfner T. Bertha Luise, 28 T. (Augustiastraße 50). Eine uneheliche T. (Reilstraße 62).

Trotha, vom 7. bis 14. November.

Eheschließungen: Der Arbeiter Friedrich Louis Döring und Dorothea Hermann geb. Dörfler.

Geboren: Dem Maurer Friedrich Wilhelm August Hutans ein S. Dem Gasthofsbesitzer Franz Brömme ein S. Dem Geschirrführer Wilhelm Heinrich Ständler ein S.

Gestorben: Ein totgeb S (Seeben)

Für die Redaktion verantwortlich: **Karl Brandt** in Halle

C. F. Ritter, Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Damen-Handtäschchen,
Reise-Umhängetäschchen,
Pompadours
in unerreichter Auswahl
in jeder Preislage
billigst.

Spezialität: Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen.

Reichste Auswahl. **Bettstellen, Matratzen, fertige Betten und Bezüge.** Solide Preise.

Unter anderem empfehle ich: Fertiges Gebett, bestehend aus Deckbett, Unterbett und 2 Kissen, aus garantiert federdichtem Inletstoff und gut gefüllt, zusammen für 12 M. Schleissfedern das Pfund 50 Pf. 75 Pf., 1 M., 1 M. 50 Pf. bis 5 M.

Proben und Preisliste gratis und portofrei. Geschäftshaus **J. Lewin.** Marktplatz 2 u. 3, **Halle a. S.** Aufträge im Gesamtbetrage von 20 M. ab portofrei.

Grosse öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung

Mittwoch den 18. November nachmittags 4 Uhr in „Prinz Karl".

Tagesordnung:

1. Vortrag über die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung, ihre Aufgaben und ihre Ausgestaltung. Referent: **J. Timm**, Berlin.
2. Endgiltige Beschlußfassung über das neue Regulativ für die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells.
3. Verschiedene gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zutritt hat jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, auch solche, die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Das Gewerkschaftskartell.

Unterm heutigen Tage wird das allen Hallensern wohlbekannte Restaurant

Alte Halloria

Brüderstraße Nr. 2, wieder geöffnet. — Wir haben in dasselbe einen — **Spezial-Ausschank** — unserer auf der Internationalen Ausstellung zu Berlin 1896 mit der Goldenen Medaille prämiierten Biere hineingelegt und empfehlen das Unternehmen dem geneigten Wohlwollen der Bewohner von Halle und Umgegend.

Hochachtungsvoll

Feldschlößchen-Brauerei A.-G.
Eilenburg.

Bezugnehmend auf obige Annonce mache ich den verehrten Einwohnern von Halle und Umgegend die ganz ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage das allbekannte Restaurant

Alte Halloria, Brüderstraße 2,

übernommen habe.

Die Räume sind neu hergerichtet und bieten den mich beehrenden Gästen einen angehmen und gemütlichen Aufenthalt.

Für **gute Speisen und Getränke,** insonderheit für **ein hochfeines Glas Bier** aus der **Feldschlößchen-Brauerei A.-G. Eilenburg** werde ich stets Sorge tragen und bitte, mein Unternehmen durch recht zahlreichen Besuch freundlichst unterstützen zu wollen.

Halle a. S., den 14. November 1896.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Julius Liebelt.

Arbeiter-Radfahrer-Verein, Halle a. S.
Mittwoch den 18. Nov. abends 7 Uhr
Generalversammlung
im Händelpark.
Das Erscheinen sämtl. Mitgl. ist notw.

Walhalla-Theater.
Direktion Rich. Hubert.
Neuer Spielplan
De Bry's Galerie „lebender" Meisterwerke. (Durchweg neue Bilder!) — Mr. **Williams,** Bravour-Athlet mit den Zwerg-Ringkämpfern **Abö u. Cannon.** — Die Geschwister **Adele u. Adolf Marvellous,** musikalische Bravour-Hand-Akrobaten. — Mr. **Moxon,** Fuß-Equilibrist. — Miß **Elvira Verando,** Equilibristin auf dem Drahtseil mit abgerichteten Tauben. — Die Geschwister **Emmy u. Jean Crasse,** Imitations-Duettisten. — Herr **Henry de Bry,** Mimiker und Charakteristiker. — Frl. **Klara Konrad,** Lieder- und Walzer-Sängerin. — Die Geschwister **Anna und Siegmund Linné,** Original-Gesangs-Duettisten. (Auf allgemeines Verlangen weiter verpflichtet.)
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Lessingstraße 36** ein
Restaur. u. Viktualiengeschäft
und bitte um gütigen Zuspruch
Max Schmiljun.
Freitag **großes**
Schlachtefest.
Donnerstag **Schlachtefest.**
A. Dietzschold, Zeitz, Neuestr. 11.

Int. Leute zum Abonnentensammeln gesucht. Zu melden von nachmittags 4 Uhr an. **Buchhandlung,** Ackerstraße 2, p. r.

Einen **Glasergesellen** sucht sofort **E. Runkewitz,** Mainstraße.

Ein Kind wird in gute Pflege genommen. Näh. Schlosserstr. 15. p. l.

Ein Rädriger Handwagen billig zu verkaufen Trotha, Mötzlicherstr. 11.

Die Volksbuchhandlung
Bölbergasse 1, empfiehlt:
Abreiß-Kalender f. 1897
in neuen Mustern und allen Preislagen.
Neue Welt-Kalender
à Stück 40 Pf.
Schwämme
für Schule und Hausbedarf zu billigsten Preisen.

Pelerinen und Jackets, auch aus gr. kl. fert. kl. Bollmann, Schweitzerkstr. 13.

50 Pfund-Gewicht, Kugelform, zu k. gesucht Restaurant Leipzigerstr. 11.

Ein fast neuer Kinderwagen zu verkaufen Mansfeldersir. 22, p.

Ein paar gut pfeifende Stare zu verkaufen Hackebornstr. 5.

Ein Futter-Schwein verkauft Zietenstraße 33.

Ferkchen sind noch abzugeben Giebichenstein, Eichenovrfstr. 9.

Ein Backofenheizeischruff billig zu verkaufen Triftstraße 7.

Stube, K. u. K. mit Zubehör, 32 Thlr., zu verm. Trotha, Brachwitzerstr. 4.

Anst. Schlafstelle zu vermieten Bernhardystr. 14, 1, a. d. Turmstr.

Möbl. Stube als Schlafstelle zu vermieten Lessingstr. 9, H. 1 r.

Stube, Kammer und Kochgelegenheit zum 1. Jan. z. verm. gr. Schloßg. 13. I.

Kleine möbl. Stube als Schlafst. für 2 Herren zu verm. Hedwigstr. 3, I l.

Anständige Schlafstelle ist zu verm. Blücherstr. 9, l.

Dem Einsender der Annonce, die lügenhafte Hausmannsfrau betreffend, erwidre ich: Wer Dreck angreift, besudelt sich.

Weißenfels.

Die über Herrn **Gustav Stößel** ausgesprochenen Worte nehme ich für unwahr zurück.

M. Peers.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189611 8-18/fragment/page=0003

Um im **neuen** Lokale mit **neuer** Ware beginnen zu können,
halte einen

grossen Räumungs-Ausverkauf

bei

bedeutend herabgesetzten Preisen ab.

Geöffnet bis 8½ Uhr.

Halle a. S. Seidenhaus G. Schwarzzenberger. Poststr. 10.

Geöffnet bis 8½ Uhr.

Vom 1. Januar 1897 grosse Steinstrasse 88, im Neubau der Zigarrenfabrik Karl Herold.

Das photograph. Atelier

Joseph Weissgärber

Inh. Albert Berger, Streiberstr. 23

empfiehlt sich dem geehrten Publikum von Halle und Umgegend.

Dutzend Visites 6 Mk. ½ Dutzend Kabinet 9 M.

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: Hans Julius Kahn.

Mittwoch den 18. November 1896 bleibt das Theater des **Bußtages wegen geschlossen.**

Donnerstag den 19. November 1896. 61. Vorstell. 14. Vorst. auß Abonnement. Zweites und letztes Gastspiel der italienischen Primadonna **Franceschina Prevosti.**

Lucia von Lammermoor.

Oper in 3 Akten von Gustav Donizetti

Thalia-Theater Geiststr. 42 43.

Mittwoch (Bußtag): **Geschlossen.**

Donnerstag:

Der Vielfraß.

Lustspiel in 3 Akten von G. v. Moser, Viktor v. Berndt. Direktor Gloth.

Freitag:

Novität. **Bockspringe** Novität.

Lustspiel in 3 Akten von Kraatz und Hirschberger.

Vereinskrug.

Bußtag früh Speckkuchen.

Ergebenst **A. Gregor.**

Müllers Restaurant,

Bahnhofstr. 26.

Angenehmer Aufenthalt.

ff. Biere aus **W. Rauchfuß** Brauereien.

Echt Kulmbacher.

Französisches Billard.

Vereinszimmer.

Schwarze, weiße und farbige

Seidenstoffe

in den solidesten Fabrikaten und großer Auswahl verkaufen zu **außergewöhnlich billigen festen Preisen**

Brummer & Benjamin

gr. Ulrichstraße 23.

Delikatessen u. Weinhandlung

von

Alfred Scholle, Zeitz, Brühl 15

empfiehlt

Bücklinge, geräucherte Aale, Br. theringe, Bismarckheringe, Rollmöpse, Hering in Gelee sowie sämtliche marinierte Fischwaren.

Corned Beef,

ff. Fleisch- und Wurstwaren, Konserven, Apfelwein, u. Apfelweinbischoff, à Flasche 30 Pf.

Kränze von 50 Pf. an.

Stoffblumen von 10 Pf. an.

Wachsrosen von 20 Pf. an

verkauft

Otto Petrich, Spiegelgasse 13, I.

Kein Laden.

Nähmaschine, fast neu, wenig gebraucht, billig zu verkaufen

Fr. Schäfer, kl. Ulrichstr. 5.

Großer junger Zughund preiswert zu verkaufen

Graiseweg 2 und 3 part.

Zu verkaufen.

Zwei große starke Zug-Hunde 7 Monate alt, und 2 von 4 Wochen alt. Große und starke Rasse

Ludwigstr. 13, p.

Holzschuhe, 2- und 3schnallig.

Holzpantoffeln, sowie

Nord- u. Plüschpantoffeln

offerieren billigst

Gebr. Fricke, kleine Ulrichstr. 29.

en gros. en detail.

Frauen für die Dreschmaschine sucht

Ernst Fuss, Torstraße 15, p.

Bettfedern

beste doppeltgereinigte Ware

empfehlen

zu billigsten Preisen

Brummer & Benjamin

gr. Ulrichstr. 23.

Konsum-Verein für Giebichenstein und Umgegend.

(Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpfl.)

Bilanz für das dritte Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1895 bis 30. September 1896

Aktiva.		M.	₰	Passiva.	M.	₰
An Kassa-Bestand		508	04	Per Anteile der Mitglieder	15743	51
An Waren-Bestand		41028	19	„ Reservefonds	2185	—
„ Inventar	3835.11 Mk.			„ Dispositionsfonds	96	50
Abschreibung	383 51 „	3451	60	„ Kautionen	2800	—
„ Hypotheken		5500	—	„ Ausstehende Wertmarken	1337	38
„ Sparkasse des Saalkreises		20279	35	„ Kreditoren	1405	98
„ Emballagen		770	40	„ Reingewinn	53473	14
„ 224 Debitoren		5503	93			
Summa		77041	51	Summa	77041	51

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	M.	₰	Kredit.	M.	₰
An Handlungs Unkosten-Konto	13776	56	Per Waren-Konto	56287	61
„ Utensilien-Abschreibung	383	51	„ Interessen- und Zinsen-Konto	306	51
„ Reingewinn	53473	14	„ Kohlen-Konto	981	33
			„ Wertmarken-Konto	10057	76
Summa	67633	21	Summa	67633	21

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am Anfang des Geschäftsjahres 1895/96		884	Mitglieder
Neu eingetreten im Laufe des Geschäftsjahres		514	„
		1398	
Ausgeschieden durch Kündigung	40		
„ „ Uebertragung	5		
„ „ Tod	3	48	
Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres		1350	Mitglieder.
Die **Geschäfts-Anteile** der Mitglieder betrugen am 1. Oktober 1895		9087.58	Mark.
Hierzu Einzahlungen im Laufe des Geschäftsjahres		7071.32	„
zusammen		16158.90	Mark.
Verausgabt wurden an die im Vorjahre ausgeschiedenen Mitglieder		415 39	„
Bleibt Bestand am 30. September 1896		15743.51	Mark.
Die **Haftsumme** betrug am 1. Oktober 1895		26 520	Mark.
vermehrte sich um		15 420	„
		41 940	Mark.
Verringerte sich durch 48 ausgeschiedene Mitglieder um		1 440	„
betrug am 30. September 1896		40 500	Mark.

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Der Aufsichtsrat.

H. Seifert. F. Müller. W. Heyne. A. Beck. K. Spieß. F. Walter.

Die General-Versammlung vom 16. November 1896 beschloß auf Grund vorstehender Bilanz die Auszahlung einer Dividende von **14 Prozent.** Die Auszahlung findet am

Sonntag den 22. November vormittags von 8 bis 2 Uhr

in Schades Schützenhaus in Giebichenstein

statt. Pause von 10—½11 Uhr.

Der Vorstand.

Herm. Benthin. Rob. Kaiser. Rob. Schulze. Herm. Stropp.

Wir zeigen hierdurch ganz ergebenst an, daß wir in einigen Tagen unser Geschäftslokal von Leipzigerstr. 15 nach

Leipzigerstrasse 87,

dem Hause des Herrn Baumeister Stengel (Hacker-Bräu),

Parterre und I. Etage

verlegen.

M. Berg & Co., Kurz-, Woll-, Weisswaren, Tapisserie u. Putz.

Der Ausverkauf von zurückgesetzten Sachen befindet sich **Leipzigerstrasse 15** und bietet dem geehrten Publikum die **beste Gelegenheit** zu

billigen Weihnachts-Einkäufen.

Verkaufsstelle des Pr. V., Bürger-Kons. und Allgem. Kons.-Vereins für Halle und Umgegend.

Verlag und für die Inserat verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.). Halle a. S. Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218961118-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 270. Halle a. S., Mittwoch den 18. November 1896. 7. Jahrg.

Brüsewitz & Ko.

Das Gedächtnis des hochverehrten Publikums ist recht kurz. Da schreit jetzt sogar die nationale und gutgesinnte Bourgoispresse Zeter und Mordio über den Fall Brüsewitz, als ob das noch gar nicht dagewesen sei. Es ist aber noch keine drei Jahre her, als sich das gleiche Totstechen eines wehrlosen Zivilisten in Koblenz ereignete. Damals hatte sich die Mutter des Gemordeten, welcher in ihrem einzigen Sohn die Stütze ihres Lebens geraubt war, zu einem vorwurfsvollen Briefe an dessen Mörder hinreißen lassen. Wie es weiter ging? Darüber giebt Auskunft ein kurzes Gedicht in dem Heilbronner Liederbuch (Heilbronn 1894, Preis 20 Pf.); es lautet:

Koblenzer Recht.

Das arme Weib schrieb mit viel Schmerzen
Dem Offizier den Vorwurfsbrief,
Und aus gequältem Mutterherzen
Entquoll die Thräne, heiß sie lief.

Zu Koblenz schonungslos erstochen
Ward ihr der einzige teure Sohn;
Des Leutnants That ist längst gerochen,
Er kam mit kurzer Haft davon.

Es bringt der Mutter rührend Flehen
Nicht mehr zurück, was ihr geraubt,
Indes aus kaiserlichen Höhen
Die Gnade streift des Leutnants Haupt.

Zu Koblenz unterm grünen Grase
Sanft ruht der Sohn als stiller Mann,
Der Leutnant aber mit Ekstase
Klagt heldenhaft die Mutter an.

Verurteilt wird das Mutterherze:
Was sie geschrieben, sei zu stark;
Nicht fragt das Recht nach ihrem Schmerze,
Sie büßt den Brief mit dreißig Mark.

Es kracht.

Der Bund der Landwirte sieht Blatt um Blatt fallen vom Baume seiner Hoffnungen.

Der landwirtschaftliche Mittelbesitz fühlt sich in seinen Erwartungen getäuscht und verläßt das Bundesschiff.

So vor einiger Zeit in Pommern, Brandenburg und Westpreußen, so jetzt in Mecklenburg.

Hier haben zahlreiche Bauerngutsbesitzer und Pächter einen Bauernverein unter dem Titel: „Schutzverein Mecklenburgischer Landwirte" gegründet. Dem Ministerium in Schwerin und Strehlitz sind Gesuche um Genehmigung des Vereins unterbreitet worden.

Der Schutzverein läßt einen Aufruf an die Landleute Mecklenburgs ergehen, in dem es heißt:

„Was will der Bund der Landwirte? Er will — Eure Stimmen bei den Wahlen haben, weiter nichts.

Was ist der Bund der Landwirte? Er ist eine Einrichtung von Großgrundbesitzern für Großgrundbesitzer. Aber für uns kleinen Landwirte ist er nichts.

Natürlich wirft er seine Netze auch nach uns Kleinbesitzern aus. Denn die Großgrundbesitzer wissen für sich nur wenig bei dem allgemeinen Stimmrecht bedeuten. Sie mögen es deshalb auch nicht recht und für Mecklenburg haben sie uns das Stimmrecht stets verweigert. Aber für das Reich besteht es glücklicherweise, und darum suchen sie die Reichstagswahlen durch ihren „Bund" vorzubereiten.

Der Antrag Kanitz, den der „Bund" vertritt, kann uns nur schaden. Denn wir müßten dann unser Saatgut, unsere Futtermittel teurer einkaufen.

Die Doppelwährung, die er wünscht, würde unser sauer erspartes Geld entwerten, und wir müßten alles, was wir brauchen, teurer bezahlen.

Die Branntweinliebesgaben nützen uns nichts; denn wir haben keine Brennereien.

Die Zuckerprämien nützen uns auch nichts; als Rübenbauer hat der kleine Landwirt von dem letzten Zuckersteuergesetz nur Nachteil.

Alles also, was der „Bund der Landwirte" anstrebt, schlägt zum Vorteil der Großgrundbesitzer aus. Ihr Vorteil aber ist unser Nachteil.

Darum können wir nicht mit dem „Bunde" gehen. Wir müssen unsere Sache selbst in die Hand nehmen, als Gleiche unter Gleichen . . .

Auf denn, Ihr Landleute Mecklenburgs, Erbpächter, Büdner, Häusler, Einlieger und alle, die ihr den Pflug führt und die Sense schwingt, vereinigt Euch!"

Von den Forderungen des Schutzvereins seien nur hervorgehoben: Einführung von Gemeindeordnungen in dem Gebiet der Ritterschaft, der Klöster und der Kämmereigüter; Reform des Jagdrechts; Uebertragung der Jagdgerechtigkeit an die Gemeinden; Erleichterung des Verfahrens bei Feststellung von Wildschaden; Einfriedigung von Hochwild-, insbesondere aller Wildschweinbezirke; Aufhebung der Hypothekenbeschränkungen für klösterliche und ritterschaftliche Erbpächter; vor allem Einführung einer Verfassung, welche die Vorrechte der Ritterschaft beseitigt und eine gleichmäßige Vertretung aller Stände auf dem Landtage sichert. Hierzu gesellen sich noch eine Reihe weiterer Forderungen zu gunsten des Kleingrundbesitzes. Auch will der Verein seinen Mitgliedern in allen öffentlichen Angelegenheiten unentgeltlichen Rechtsschutz gewähren. Seinen Sitz soll er in Parchim haben.

Der Schmerz der norddeutschen Plötzritter wird groß sein.

Spät kommt allerdings die Einsicht, daß der Junker ein historischer und natürlicher Feind der Bauern ist.

Aber die Einsicht kommt doch.

Soziale Uebersicht.

— **Einen fetten Entbehrungslohn** bekommen die Aktionäre der früher Kramstaschen Leinenfabrik in Freiburg (Baden) für ihre schweißfreie Mühewaltung. Die Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft hat die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (gegen 5,3 Proz. im Vorjahr) beschlossen. Der Nettogewinn des Unternehmens beträgt im letzten Jahre rund **728 623 M.** (gegen 463 808 im Vorjahre). Daß trotz des beinahe verdoppelten Reingewinnes der Lohn der Arbeiter auch nur um ein paar Pfennige erhöht worden wäre, **davon ist natürlich keine Rede.** Hätten sich die Arbeiter beikommen lassen, dies im Ernst zu fordern, so hätte man sie ganz sicherlich die Hungerpeitsche gehörig fühlen lassen.

— **Die Großen fressen die Kleinen.** Vom Schwarzwald schreibt man der Schwäb. Tagwacht: Vor 13 Jahren fanden sich in Sch. zwei Jünglinge zusammen, wovon der eine 60 000 M. von seinen Eltern erhielt, der andere hatte kein Vermögen, d. h. nur einige tausend Mark, dagegen hatte er im Kontor der Firma M. die Uhrenfabrikation gründlich erlernt. Dieser erhielt nun von der Familie des andern ebenfalls 60 000 M. und eine Tochter dazu. Mit diesen 120 000 M. gründeten die zwei Herren eine kleine Uhrenfabrik mit etwa 20 Arbeitern, die in den 13 Jahren so vergrößert wurde, daß die Besitzer im letzten Jahr 90 000 M. Reingewinn unter sich „teilen" konnten. Das Geschäft und der Profit ist gewachsen, nicht so die Freundschaft der beiden Schwäger; diese hat abgenommen, bis es endlich zum völligen Bruch kam. Jetzt trennten sich die beiden und es erhält der eine vom andern für seinen Austritt 500 000 M. Also mit 120 000 M. haben sie vor 13 Jahren angefangen und heute trennen sie sich mit 1 000 000 M. Da wird wohl manchem ein Licht aufgehen, wie diese Herren „gearbeitet" und „gespart" haben müssen! Und wie viele kleine Existenzen mögen von ihnen aufgezehrt worden sein.

Konferenz der Arbeiter-Beisitzer an deutschen Gewerbegerichten

Halle, 16. November.

Um 9 Uhr wurde die Konferenz durch den Vorsitzenden Barthels-Lübeck eröffnet. Nach Verlesung der Präsenzliste wurde zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Innungsnovelle" übergegangen. Hierzu hält der Vorsitzende das einleitende Referat und unterbreitet der Versammlung, nachdem er im wesentlichen das gegen die Innungsnovelle geltend gemacht hat, was wir gestern schon berichtet haben, folgende Resolution zur Annahme: „Die heute in Halle versammelten Gewerbegerichts Arbeitnehmer-Beisitzer Deutschlands, vertreten durch 41 Städte, beschließen, den Reichstag zu ersuchen, den Bestimmungen in der vom Reichsanzeiger unterm 4. August d. J. veröffentlichten Handwerker-Innungsvorlage, soweit dieselben sich auf den Ausbau und die Neugründung von Innungsschiedsgerichten beziehen (§§ 84, 84a und 86e) die Genehmigung versagen zu wollen.

Diese Resolution wird später einstimmig angenommen und vorher von Millarg-Berlin dahingehend begründet, daß seit dem Bestehen der Gewerbegerichte der Beweis erbracht sei, daß dieselben sich nicht nur die Sympathie der Arbeitnehmer im vollsten Maße erworben haben, sondern daß auch die Antipathie der Arbeitgeber, soweit solche überhaupt bestanden haben sollte, nach und nach verschwunden ist. Es war mit Recht der Wunsch entstanden, daß die Gesetzgebung durch die Beseitigung der noch vorhandenen Innungsschiedsgerichte ein einheitliches Recht bei gewerblichen Streitigkeiten schaffen möchte. Denn während bei Streitigkeiten zwischen Nichtinnungsmeistern und ihren Arbeitern das Gewerbegericht in der Lage war, eine für beide Teile angenehme schnelle Erledigung der Klagesache herbeiführen zu können, waren die bei Innungsmeistern Arbeitenden in den meisten Fällen gezwungen, sich durch langwieriges und kostspieliges Prozessieren bei den ordentlichen Gerichten ihr Recht suchen zu müssen. Daß in den zuletzt angeführten Fällen die Arbeitnehmer sehr oft davon Abstand nehmen mußten, ihr Recht zu suchen, brauche wohl kaum noch näher klargelegt zu werden. Es wird beschlossen, vorgenannte Resolution den Reichstagsmitgliedern in 400 Exemplaren zu unterbreiten.

Bei der nunmehr stattfindenden Diskussion sprechen sich alle Redner gegen die Innungsnovelle aus und es kamen über die jetzt gar keine Bedeutung mehr habenden Innungsschiedsgerichte Dinge zur Sprache, die wiederholt die Versammlung in Heiterkeit versetzten. So z. B. legte der Delegierte Körsten-Berlin ein Urteil des Schiedsgerichts vor, bei welchem wohl zwei Arbeitgeber aber kein Arbeitnehmer als Richter mitgewirkt hatten; natürlich wurde der klagende Arbeiter verurteilt. In einem anderen Falle wollte ein Handwerker in einer Schiedsgerichtssitzung eine Vertretung ausüben; er wurde jedoch ohne berechtigten Grund zurückgewiesen. Als er darauf erklärte, dann aber wenigstens dem Termine beiwohnen zu wollen, entgegnete der Vorsitzende einfach: „Sie haben gar nichts zu sagen, ich schließe die Oeffentlichkeit aus." In Kassel bestehen zwei Innungsschiedsgerichte, wovon selbst die Innungsmitglieder nichts wissen. Als vor längerer Zeit dort ein Metzger dem der Lohn vorenthalten war, klagen wollte, konnte ihm trotz Bestehens seines Innungsschiedsgericht von den Innungsmitgliedern keine Auskunft erteilt worden. Ohne sein Recht wahrnehmen zu können mußte der Mann abziehen. Nicht aber bloß von den Innungsschiedsgerichten, sondern auch von gut funktionierenden Gewerbegerichten wurden Mißstände zur Sprache gebracht. Martinßen-Hamburg beleuchtet einen Fall, in welchem ein Arbeiter über ein am 16. Juli d. J. ergangenes Urteil am 28. Oktober noch nicht die Urteilsausfertigung bekommen hatte, so daß keine Vollstreckung erfolgen konnte. Es wurden auch Fälle zur Sprache gebracht, daß Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Gewerbegericht gemaßregelt worden sind. Nachdem auf Beschluß die Debatte abgebrochen und noch in Anregung gebracht worden, in allen Orten, wo es möglich ist, Protestversammlungen gegen die Innungsnovelle abzuhalten, wurde dann noch eine Resolution angenommen, nach welcher die Teilnehmer der Konferenz mit aller Entschiedenheit den Entwurf betr. die Abänderung der Gewerbeordnung verwerfen und beauftragen die bezüglichen Paragraphen zu streichen.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung: „Die praktische Thätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer im Amte", referierte zunächst Martienßen-Hamburg. Redner meinte, es müsse wohl eingeräumt werden, daß ein großer Prozentsatz der Beisitzer der Arbeitnehmer bei seinem Eintritte im Amte nicht gewußt hat, welche Funktionen ihm obliegen. Jeder Beisitzer müsse sich mit den Gesetzesbestimmungen vertraut machen, damit er den Vorsitzenden, die wohl zum größten Teil die Ansicht haben, daß der Beisitzer nur ein notwendiges Uebel ist, auch gewappnet gegenübertreten kann. Es müsse verlangt werden, daß vom Staate die erforderlichen Gesetzbücher für die Gewerbegerichte zur Information geliefert würden. Die Beisitzer haben das Recht während der Verhandlung selbständig Fragen zu stellen, gegen Anmaßungen der Vorsitzenden zu protestieren u. s. w.; sie haben aber auch die Pflicht, die ihnen vorgelegten Arbeitsordnungen zu kontrollieren und Einwendungen zu machen, wenn dieselben gegen Moral und Sitte verstoßen. Redner giebt dann noch dem Gesetz über die Gewerbegerichte eine ganze Reihe praktischer Winke für die Rechtsprechung und schließt mit dem Wunsche, daß jeder Beisitzer sein Recht bis auf das äußerste ausnutzen möge. Millarg-Berlin meint, eine unangenehme Empfindung sei es, daß den Gewerbegerichtsvorsitzenden das Richteramt meistens als Nebenamt übertragen sei. Es müsse gegen lange Sitzungen protestiert werden. Denn wenn von vormittags ½10 Uhr bis abends ¾7 Uhr, was in Berlin passiert ist, ununterbrochen gearbeitet wird, so dürfe man sich nicht wundern, wenn ungesunde Urteile gefällt werden. Durch solche Arbeitszeit würden nicht bloß die Beisitzer, sondern auch die Vorsitzenden überanstrengt. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde das Vergleichsverfahren scharf kritisiert, die Lohnzahlung am Freitag als ein erstrebenswertes Ziel bezeichnet und der § 123 der Gewerbeordnung einer Beleuchtung unterzogen. Was bedeutet das, wenn es in dem fraglichen § 123 Abs. 3 heißt: Gesellen können ohne Kündigung entlassen werden, wenn sie ihre Verpflichtungen „beharrlich" verweigern, oder wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit „unfähig" sind. Könnte hiernach vielleicht nicht Entlassung erfolgen, wenn ein Arbeiter einmal plötzlich unwohl geworden ist? Der Genosse Lipinski Leipzig hatte über die dortigen Verhältnisse am Gewerbegericht von den letzten 4 Jahren eine Statistik zusammengestellt, mit welcher er in klarer Weise die gewaltige Zunahme der Sühneverfahren und die erschreckende Abnahme der Verfahren vor öffentlichem Kollegium drastisch beleuchtete. Das Bestreben der Beisitzer müsse sein, möglichst wenige Streitsachen durch Vergleich zu erledigen. Nach einem Schlußwort Martientzens war auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Nach Eröffnung der Nachmittagssitzung teilte Millarg-Berlin auf Grund einer Berufszusammenstellung der Delegierten mit, daß 21 Berufe auf der Konferenz vertreten sind. Die Holzarbeiter stellen die übergroße Majorität der Teilnehmer; es befinden sich unter ihnen allein 10 Tischler. Zum nächsten Tagesordnungspunkte: „Stellungnahme zur Gesindeordnung" wurde ohne Debatte folgende von hallschen Beisitzern eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die Reichsregierung wird durch die Konferenz ersucht, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtliche Stellung aller Personen, die jetzt noch den Gesindeordnungen unterstehen, einheitlich geregelt wird und zwar in dem Sinne, daß die Gesindeordnungen aufgehoben und die ihnen Unterstehenden unter die Gewerbeordnung gestellt worden.

Folgende von dem Delegierten Lipinski eingebrachte Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Kongreß der Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands erachtet die jetzt den Handlungsgehilfen gewährte Rechtshilfe den veränderten sozialen Verhältnissen nicht mehr entsprechend für ungenügend, für zu kostspielig und langwierig und erklärt sich für die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen, weil ihnen dadurch, ohne ihre besonderen Berufsinteressen zu verletzen, eine schnelle und billige wie sachgemäße Erledigung ihrer Klagen möglich ist. Demgemäß spricht sich der Kongreß auch für das Wahlrecht und die Wahlfähigkeit der Handlungsgehilfen zum Gewerbegerichte aus."

Desgleichen wurden die folgenden zwei Resolutionen angenommen:

„Es hat sich durch die bisherige Praxis der Gewerbegerichte bemerkbar gemacht, daß die Einlegung der Berufung gegen Urteile, in denen das Objekt über 100 M. beträgt, als ein Uebelstand anzusehen ist.

Es verträgt sich das mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der heutigen Zeit keineswegs und es ist für die Arbeiterschaft von großem Interesse, daß Berufungen gegen Urteile der Gewerbegerichte nicht mehr als zulässig erklärt werden."

„Die Berliner Kollegen werden beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten, wonach die Lücken des Gesetzes betr. die Wahlordnungen der Ortsstatute, einer Prüfung zu unterziehen sind."

Weiter wurde dann noch nach kurzer Diskussion beschlossen, darnach hinzustreben, daß die Beisitzerwahlen, wie in München, Sonntags vorgenommen werden können, desgleichen wurde empfohlen, an den Kommunal Arbeitsnachweisen, wo solche bestehen, teilzunehmen und schließlich wurde noch richtig gestellt, daß alle für das Organ: „Das Gewerbegericht" bestimmten Publikationen, nicht wie früher mitgeteilt an den Berliner Ausschuß, sondern direkt an die Zeitung zu senden sind. Damit hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt. In einem kurzen Schlußworte stattet der Vorsitzende Barthels den Teilnehmern der Konferenz, sowie dem hallschen Ausschusse der Beisitzer seinen Dank für die Mühewaltung aus und schließt dann die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die Gewerbegerichte und die Arbeiterbewegung, wozu die Teilnehmer der Konferenz kräftig einstimmten. Mitgeteilt sei noch daß die Verhandlungen polizeilich überwacht und von einem amtlichen Stenographen aufgenommen wurden.

Lokales und Provinzielles

Halle a. S., 17. November 1896.

* **In geschlossener Sitzung** der Stadtverordneten-Versammlung wurde gestern die Genehmigung erteilt zur definitiven Anstellung zweier Polizei-Sergeanten, Hendrich, welcher die Nummer 65 trägt, Klaußt, der unter der Nummer 68 eingestellt ist. Bemerkenswert erscheint, daß in den Zeugnissen des ersteren die „gute militärische Erscheinung" gelobt wird. Hendrich ist 12 Jahre Soldat gewesen, während Klaußt 13 Jahre beim Militär gedient hat.

* **Aus dem hiesigen Gefängnis entfliehen** wollte die Lohndirne Minna Schräpler. Sie ließ sich in der vorvergangenen Nacht mittelst ihres Bettuches, das sie in Streifen geriffen und aneinander geknüpft hatte, aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße herab. Die Linnen rissen jedoch entzwei und die Flüchtige stürzte aus beträchtlicher Höhe zu Boden. Mit Mühe schleppte sich das Mädchen in die Sophienstraße, von wo sie nach zweistündigem Liegen in die königliche Klinik gebracht wurde.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche 53 Personen und zwar an: Brechdurchfall 5, Urämie 1, Schlaganfall 1, Altersschwäche 2, Diphtherie 3, Darmentzündung 1, Gehirnhautentzündung 3, eitriger Brustfellentzündung 2, Lungenblutung 1, Keuchhusten 2, Lungenschwindsucht 3, Krämpfen 1, Lungenentzündung 5, Herzklappenschwindsucht 1, Herzfehler 1, Blutkrankheit 1, Schwäche 3, Rückenmarkslähmung 1, Stimmritzenkrampf 2, Lungenlähmung 2, Herzschlag 1, Herzlähmung 2, Herzschwäche nach Bruchoperation 1, Zermalmung der Gliedmaßen 1, Lungenkatarrh 1, Atrophie 3, Beckenkaries 1, Leberschwund 1, Blutvergiftung 1. — Darunter befinden sich 9 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Weißenfels. Wie zukünftige Lehrer erzogen werden. Die in Magdeburg erscheinende Neue Pädagogische Zeitung erzählt in Nr. 46 ihren Lesern folgende Episode aus dem hiesigen Seminar: „Am 2. September d. J. wurde ein Zögling der zweiten Seminarklasse während der Arbeitsstunden unwohl, und er mußte sich erbrechen. In diesem Augenblicke traf ihn der inspizierende Lehrer, Herr Musikdirektor Gräßner. Dieser glaubte, der Seminarist habe bei Gelegenheit des Kinderfestes, das an diesem Tage stattgefunden, des Trinkens zu viel gethan. Der Seminarist stellte dies aber in Abrede. Nun führte ihn der Herr Musikdirektor zum Seminardirektor Schulrat Seeliger. Hier

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218961118-18/fragment/page=0005

sollte er seine Nüchternheit dadurch beweisen, daß er auf der Dielenuhr entlang gehe. Er weigerte sich, solches zu thun, denn er sei nicht betrunken. Nun verabfolgte ihm der Seminardirektor eine kräftige Ohrfeige." Die genannte Zeitung begleitet diese Korrespondenz mit dem Nachsatze: „Wir enthalten uns vorläufig jeder Bemerkung dazu."

Weißenfels. Musterbetrieb. Die Ausputzfabrik von Karl Haferkorn erfreut sich in den Kreisen der Arbeiter eines ausgezeichneten Rufes, kein Tag vergeht nämlich, ohne daß Herr Haferkorn Exzesse mit seinen Arbeitern hat. Alle die jetzt bei ihm beschäftigten Arbeiter können davon ein Liedchen singen. Hier soll aber auch Wandel geschaffen werden und zwar durch die Arbeiter, die jeden wiederkehrenden Fall der Oeffentlichkeit übergeben werden. Das wird schon helfen.

Zeitz. Es wird doch nicht anders, selbst wenn wir uns die größte Mühe geben. Dieser Ausspruch fiel unlängst in einem hiesigen Lokale in einem Gespräche zwischen Arbeitern, welches die mißlichen Verhältnisse behandelte. Man kann es leider nur zu oft hören dieses. Es wird doch nicht anders, wenn man den einen oder anderen Arbeiter auffordert, seiner Organisation beizutreten, oder ihm den Rat giebt, in einen Verein zu geben, der ihn mit seiner Klassenlage vertraut macht. Ist es denn wirklich so schlimm, daß es gar nicht besser wird? Nein! Nur wer sich bis jetzt teilnahmslos um nichts gekümmert hat, kann das Gegenteil behaupten. Wer heutzutage mit offenem Auge den Lauf der Dinge verfolgt, wer zu jeder Zeit und an jedem Ort bereit ist, sein Scherflein zur Verwirklichung der großen Ideen beizusteuern, weiß, daß es besser geworden ist und noch um vieles besser werden wird. Selbst Bismarck mußte im Reichstage zugeben, daß die Arbeiterbewegung der Hebel sei, welcher die Regierung veranlasse, ernstliche Reformen vorzunehmen. Eins ist sicher, selbst das wenige, was bis jetzt gethan ist, wäre noch nicht vorhanden, wenn die Sozialdemokratie nicht mit unaufhörlicher Stärke auf die vorhandenen Schäden hingewiesen hätte. Dieselbe Erscheinung des politischen Lebens spiegelt sich gerade im wirtschaftlichen wieder. Nur dem jahrzehntelangen Wirken der gewerkschaftlichen Bewegung ist es zu verdanken, daß der Ausbeutungsfucht des Unternehmertums ein hemmender Damm gesetzt wurde. Bekanntlich setzt das Gesetz hinsichtlich der Lohnfrage dem Arbeitgeber keine Schranke, so daß dieser im stande ist, den Lohnpreis möglichst tief herabzudrücken. Daß bei der wachsenden Konkurrenz auf industriellem Gebiet es nun nicht so geworden ist, haben wir einzig und allein dem geschlossenen Vorgehen der gewerkschaftlichen Verbände zu danken. Also, besser ist es doch geworden! Schwach sieht es nur in dem Punkt aus, wo es sich um das „sich Mühe geben" handelt. Weshalb stellt sich der Arbeiter, der die Vorteile des gewerkschaftlichen Vorgehens genießt, noch immer abseits? Würde ein Zusammengehen und Zusammenkämpfen „aller" für „alle" nicht schneller und ungehemmter zum Sieg führen? Handelt es sich hier in Zeitz z. B. darum, einen Saal zu Versammlungen zu bekommen — was bekanntlich zur Zeit schwer hält — so steht die große Masse der beteiligten Arbeiter der verneinenden Antwort des Saalbesitzers fast gleichgiltig gegenüber, selbst wenn es sich nur um ein schlichtes Vergnügen handelt, das sich gerade der Arbeiter nach seiner anstrengenden und lang dauernden Arbeitszeit gönnen dürfte. Freilich handelt der Herr Saalbesitzer nicht zu seinem Vorteil, denn schon nach kurzer Zeit sieht er sich durch das Fernbleiben des Arbeiterpublikums aus seinem Lokal gezwungen, seine Räumlichkeiten den Forderungen der Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Wenn speziell die Zeitzer Arbeiter auf den gewonnenen Vorteil, der aus dieser Lokalfrage spricht, ein wenig ihre Aufmerksamkeit richten wollten, so würden sie auch schon „mitheilsen", daß es ein wenig „besser" wird. Ferner möchten wir auf das Uebel der vielen „Vergnügungsvereine" aufmerksam machen, die ohne jeden politischen Wert nur geselige Ziele im Auge haben; dazu möchte man meinen, ist doch die heutige Zeit wenigstens nicht ausschließlich angethan. Vor allen Dingen sollte man derartige Zusammenkünfte von Vereinen, die nur aus Arbeitern bestehen, doch nicht bei Wirten abhalten, die sonst „den Arbeiter nicht brauchen." Noch trauriger ist dies, wenn man erfährt, daß es nur aus dem Grunde geschieht, weil die Arbeiter nicht den Mut haben, offen Farbe zu bekennen, aus Furcht, daß ihr Dirigent abgehen könnte! — Auf diese Art und Weise wird freilich nur allen Bemühungen derjenigen, welche sich redliche „Mühe geben", entgegengearbeitet.

Zeitz. Unlauterer Wettbewerb. Der Inhaber der Firma Rothmann u. Ko. wurde gestern durch das Schöffengericht zu 150 Mark Strafe verurteilt, weil er in einer Annonce sein Warenhaus als das einzige in hiesiger Stadt bezeichnet hatte.

Naumburg. Wegen Beamtenbeleidigung wurden der Schenkwirt Riebel aus Poßenhain, sowie der Landwirt Kunze aus Mertendorf zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Mit 15 Mk. wurde der Winzer Grober bestraft, weil er in der Nähe bewohnter Orte geschossen und dabei ein junges Mädchen verletzt hat.

Naumburg. Eine Forderung von 513500 Mk. bringt der neue Militäretat zum Bau eines hiesigen Kadettenhauses.

Erfurt. Der Türmer Pfautsch von Nikolaiturme war von einem Ausgange nicht wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Als die 60jährige Frau desselben erfuhr, daß er als Leiche aus dem Wasser des Breitstromes gezogen worden war, nahm sie sich den Vorfall so zu Herzen, daß sie nach Ankunft in ihrer Wohnung vom Schlage getroffen tot niedersank.

Teutschenthal. Unter einer kleinen Brücke zwischen Teutschenthal und Eisdorf wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden.

Erfurt. Tobsüchtig wurde im hiesigen Landgerichtsgefängnis der wegen Majestätsbeleidigung Strafe verbüßende Fassadenputzer Julius Mäuer aus Erfurt. Unter größter Anstrengung der Gefangenenaufseher gelang es, den Tobsüchtigen zu bändigen und ihn in das städtische Krankenhaus zu überführen.

Nordhausen. Zu den in den nächsten Tagen stattfindenden Stadtverordnetenwahlen wird von seiten der Sozialdemokraten kräftig gearbeitet. Es ist Aussicht vorhanden, daß von den auf gestellten sozialdemokratischen Kandidaten einer sogar aus der Wahl hervorgeht.

Eisleben. Volksfleischer. Die verehelichte Konath Wähling aus Unterrißdorf war angeklagt, im Jahre dieses Jahres das Fleisch einer an Blutvergiftung verendeten Kuh als Nahrungs- oder Genußmittel an die Fleischer Kühn und Otto in Eisleben verkauft zu haben. Die beiden Fleischer waren angeklagt, das Fleisch an das Publikum verkauft zu haben. Nach stattgefundener Beweisaufnahme wurden die genannten Fleischer zu je 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tage Haft und die Frau Wähling zu 20 Mk. Geldstrafe event. 4 Tage Haft verurteilt.

Bitterfeld. Ueberfahren bei einem Sturze vom Wagen wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Heinrich Schmörl aus Quetz. Auf ärztliche Anordnung wurde der Schwerverletzte nach dem Bergmannstrost in Halle überführt.

Artern. Ein reuiger Sünder. Der Fleischergeselle, welcher seinem Meister mit 300 Mk. durchgegangen war, ist wieder hierher zurückgekehrt und hat sich freiwillig dem Gerichte gestellt. Das Geld hatte er verthan.

Kleine Provinzial-Chronik. In Bindersleben bei Erfurt geriet der Gutsbesitzer Kerst mit einem Beine in die Trommel einer Dampfmaschine. Das erfaßte Bein mußte abgeschnitten werden; bald darauf starb er an zu starkem Blutverlust. Der Arbeiter Bienert aus Radisleben geriet auf der Zuckerfabrik Ermsleben mit dem linken Fuße in den Schneckengang, welcher die Schnitzel in den Elevator treibt und erlitt schwere Verletzungen. — Ein 30 Schock Hafer enthaltender Getreidediemen des Bäckermeisters Krauße in Döschwitz ist niedergebrannt. — In Freyburg stürzte beim Wiedverladen der Muller Fritzsche so heftig mit dem Kopfe auf das Pflaster, daß er besinnungslos liegen blieb. — Der Gutsbesitzer Abel aus Pißdorf fuhr mit einem Reisenden zur Stadt; unterwegs stürzte der Wagen um und die Insassen wurden herausgeschleudert. Das Pferd wurde erst in der Stadt wieder eingefangen. — In Berga schlug sich ein Pferd an einem Pflugeisen ein Hinterbein durch und mußte geschlachtet werden. — In Riedundorhausen haben Spitzbuben am hellen Tage bei dem Maurer und Landwirt Schneider 150 Mark aus einem Wandschränkchen gestohlen.

Aus dem Reiche

Berlin. Beschlagnahmt wurden am Freitag wiederum die eben erschienenen Nummern der anarchistischen Blätter Armer Konrad und Sozialist. Als verantwortlich waren sie zum erstenmale vor einer Frau gezeichnet, von Rosa Barreiß. — Die Kaiserin wünscht in einem an die Stadtverordneten gerichteten Schreiben, es möge durch den Bau neuer Kirchen dem seit Jahrzehnten fühlbaren „kirchlichen Notstande" abgeholfen werden. Nun, Berlin ist reich an Kirchen, und sie sind durchgängig schwach besucht; fortwährend wachsen neue Kirchen pilzartig aus der Erde. Der Notstand Zehntausender und abermals Zehntausender von Arbeitslosen, von Schwitzarbeitern, von Proletarierkindern ist wohl fühlbarer, als der „kirchliche Notstand."

Worms. Die Klage des Margarinefabrikanten J. H. Mohr-Bahrenfeld gegen die Wormser Ztg in der bekannten Angelegenheit (angeblicher Verrat von Geschäftsgeheimnissen) kommt am 16. Dezember vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Mohr hat so ungefähr 400 Zeitungen wegen Abdruck des Wormser Polizeiberichts verklagt.

Chemnitz. Ordnungsstützen. Der Maschinenfabrikant A. Schille wurde vom Landgericht zu vier Jahren und der erste Prokurist, jr. H. Beuckert, zu drei Jahren Gefängnis, sowie beide zu je fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Schille hatte mit seinem Prokuristen sich fortgesetzter grober Wechselfälschungen schuldig gemacht, durch die namentlich kleine Strumpffabrikanten des hiesigen Bezirks schwer geschädigt sind. Die Gesamtsumme der Fälschungen konnte überhaupt nicht festgestellt werden, doch sind einzelne Geschäftsleute um 21000, 5000, 8000 Mark 2c. betrogen worden. Bei dem Bankrott der Firma des A. Schille sprangen für die Gläubiger 10 Proz. heraus. Schille war eine angesehene Ordnungsstütze.

Leipzig. Aus Nahrungssorgen erhängt. In der Oststraße zu Eutritzsch hat sich ein aus Langendembach gebürtiger Schneider, der für seine Frau und drei Kinder nichts mehr zu beißen hatte, durch Erhängen entleibt. Es ist herrlich um die Wohlfahrt der Arbeiter bestellt in unserer besten der Welten.

Wiesbaden. Sonntagsjäger. Auf einer Jagd bei Bleitenstadt wurde der Maurermeister Paul Schäfer aus Wiesbaden von einem Jagdteilnehmer angeschossen und nicht unerheblich verletzt.

Hannover. Viel Unglück ist über die Familie eines Schlächtermeisters in dem benachbarten Rodhorn gekommen. Als die Tochter vom Boden Heu holen wollte, fand sie einen bei ihnen in Kost befindlichen Arbeiter erhängt vor. Vor Schrecken erkrankte sie lebensgefährlich. Dem Vater, welcher gerade zu Mittag aß, blieb ein Bissen im Halse stecken, woran er erstickte, und die Mutter wurde über all diese Schicksalsschläge so aufgeregt, daß sie am Abend vom Schlage getroffen tot niedersank.

Worms. Das Schöffengericht verurteilte eine 65jährige Milchhändlerin wegen Milchfälschung durch Wasserzusatz zu drei Wochen Gefängnis und 100 Mk. Geldbuße. Recht geschieht den Milchverkäufern schon; würden sie jedoch alle bestraft, dann reichen die Gefängnisse nicht zu.

Darmstadt. Zukünftige Staatsstützen. Das Schöffengericht verurteilte zwei Studierende der technischen Hochschule, Ernst August Beck und Karl Göhrs wegen gemeinschaftlich auf dem hiesigen Main-Neckar-Bahnhof verübten Hausfriedensbruchs, Widerstand und Körperverletzung. Beck erhielt fünf Wochen, Göhrs einen Monat Gefängnis.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 7. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Diplomatisches und Politisches. — Die Kolonialpolitik der Spanier auf den Philippinen und der jetzige Aufstand. Von Heinrich Cunow. — Probleme des Sozialismus. Eigenes und Uebersetztes von Eduard Bernstein. (Fortsetzung.) — Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten? Von K. Kautsky. — Notizen: Zwei Schriftstücke Lassalles. Die Gefahren der Arbeit. — Feuilleton: Kämpfe. Von August Strindberg. Deutsch von Gustav Lichtenstein.

An die Schuhmacher von Weißenfels.

Kollegen und Genossen! Vor 14 Tagen sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von Friedr. Dietsch in Pegau (Sachsen) in den Ausstand eingetreten.

Ihre Forderungen beziehen sich auf Lohnerhöhung und Entfernung des Werkmeisters, durch den verschiedene sehr ehrliche und brave Kollegen auf das Pflaster geworfen wurden, und Wiedereinstellung zweier gemaßregelten Kollegen.

In öffentlichen Versammlungen am 5. u. 6 Novbr. wurde einstimmig der Streik für berechtigt anerkannt.

Kollegen von Weißenfels seid auf der Hut! Es wird Arbeit von uns in Weißenfels angefertigt resp. vollendet und zwar in der Schuhfabrik von Bachmann, ebenfalls sucht man Kollegen unter allerlei Versprechungen nach hier zu locken, darum haltet den Zuzug fern!

Kollegen allerorts! Helft uns zum Siege! Wir stehen hier im Kampfe nicht blos mit dem Kapital, sondern auch mit der Polizei. Helft uns zum Siege, damit wiederum bewiesen wird, wie ohnmächtig sich die schwarzen Listen des Fabrikantenbundes gegenüber der Solidarität der Arbeiterschaft aller Länder bezeigen.

Mit Gruß und Handschlag

Die ausständigen Schuhmacher Pegaus.

NB. Alle Sendungen sind zu richten an den Vertrauensmann Karl Schiebold, Pegau (Sachsen), Hemmanns Restaurant.

Beobachtungen vom Streik der Schuhmacher von Ernst Schick.

Weißenfels, den 13. Nov. 1896.

Der Streik ist beendet und sämtliche Zwicker mit Ausnahme des Kollegen K., welcher noch ins letzten Augenblicke von seinen Forderungen zurücktrat, haben die Arbeit wieder aufgenommen, zwar nicht, wie das Weißenfelser Kreisblatt irrtümlich meldet, zu den von Herrn Schick gestellten Bedingungen, sondern letztere sind von den Streikenden gestellt worden.

Die Haltung der Streikenden sowie der arbeitenden Kollegen, welche dieselben nach Kräften unterstützten, war musterhaft. Die Unterstützungen durch Sammellisten gingen reichlich ein, und so konnten die Streikenden genügend unterstützt werden, und zwar erhielten ledige Kollegen 9 Mark und verheiratete 13 Mark und für jedes Kind 0.75 Mk. die erste Woche, während die zweite (halbe) Woche noch 91 Mk. prozentual verteilt wurden. Gesammelt wurden durch Listen 137 Mk. 20 Pfg., ferner von einer Versammlung 17.10 Mk., durch K. H. 1 Mk., A. B. 1.50 Mk., L. K. 0.50 Mk., O. G. 0.30 Mk., S. G. 0.25 Mk., Summa 157.85 Mk.; ausgezahlt wurden insgesamt 270.95 Mk.; den Restbetrag zahlte der Verein deutscher Schuhmacher.

Eins mußte uns auffallen, und das ist das Benehmen des so hochgepriesenen Gewerkvereins. Drei Streikende (2 Verheiratete und 1 Lediger) sind Mitglieder des Gewerkvereins und meldeten sich sofort nach Ausbruch des Streiks bei der Ortsverwaltung. Als dieselben am Sonnabend um Unterstützung vorsprachen, wurde ihnen bedeutet, daß noch keine Antwort von Berlin zurückgekommen sei. Als sie nach Beendigung des Streiks sich meldeten, war die Antwort noch nicht zurück, natürlich konnten dieselben auch keine Unterstützung erhalten. Kein Wunder auch; wenn Feste gefeiert und Umzüge gehalten werden, wie man am Sonntag in Weißenfels beobachten konnte, wobei der Sekretär, Herr Birch-Berlin, auch nicht fehlte, hat man zu solchen kleinlichen Angelegenheiten wie Streiks keine Zeit.

Wir ziehen hieraus aber die Lehre: „Organisiert Euch und zwar im Verein deutscher Schuhmacher," denn hier sieht man wieder, schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Die Streikenden hätten wohl hungern können oder wären durch die Not gezwungen, zu den alten Bedingungen wieder in die Fabrik zurückzukehren, wenn der Verein deutscher Schuhmacher sich nicht hätte ins Mittel gelegt.

Eine Enttäuschung wird den Gewerkvereinsmitgliedern trotzdem nicht vorenthalten, da sie nach ihrer Meinung wöchentlich mit 9 Mk. entschädigt würden. In Wirklichkeit jedoch wohl nur 3 Mk. erhalten. Die Unterstützung für die drei Mitglieder wird, indem sich der dritte später gemeldet hat, etwa 8 Mk. betragen, und dazu braucht der große Gewerkverein länger als 10 Tage zur Bewilligung. Dies den Herren Gewerkvereinlern ins Stammbuch.

Quittung. Für die streikenden Schuhmacher in der Fabrik von E. Schick sind bei mir folgende Gelder eingegangen. Auf Sammellisten 1.10.15. 2 3.10, 3 9.90, 4 4.05, 5 2.80, 6 4.80, 7 2.30, 8 2.65, 9 7.60, 10 5.65, 11 2.20, 12 8.30, 13 8.65, 14 6.—, 15 2.90, 16 7.35, 17 3.95, 18 2.80, 19 2.25 20 —.70 24 9.75, 28 10.05, 29 7.40, 30 3.65, 31 6.45, 39 8.70 Mk — Extra: K. H. 1 Mk., A. B. 1.50 Mk., C. K. 0.50 Mk., O. G. 0.30 Mk., F. G. 0.25 Mk. Aus einer Versammlung 17.10 Mk. Summa 157.85 Mk.

Heinrich Merten.

Für die Redaktion verantwortlich: **Karl Brandt** in Halle

Kombiniertes Naturheilverfahren.
Brüderstraße 11. Fischers Institut. Brüderstraße 11.
Freundl. ren. Baderäume.

Lampen.
Hänge-, Tisch- und Wandlampen, Ampeln, Wandarme 2c.
in großer Auswahl zu auffallend billigen Preisen.
Heinrich Jacoby,
gr. Ulrichstraße 49.
Reparaturen von Lampen, sowie sämtl. Klempnerarbeiten werden zu enorm billigen Preisen ausgeführt.
Bitte auf meine Schaufenster zu achten.

Arzneilose Heilkunde.
Berate und behandle nach den Grundsätzen der arzneilosen Heilkunde jeden vorkommenden Krankheitsfall.
C. Pommrich, Lehrer d. Naturht.
Sprechzeit 8—10.
Fischer's Institut
Brüderstr. 11. I.

Erdmann Kickisch,
Schneidermeister,
Torgau, Schloßstraße 476.
Anfertigung von Herren-Garderoben nach Maß vom einfachsten bis zum elegantesten.
Große Auswahl in:
fertigen Herren u. Knaben-Garderoben
zu wirklich reellen billigen Preisen.

C. Hammer,
Leipzigerstraße 42.
Nickel-Remontoir-Uhren 5 M., Silber mit Goldrand 10 M., Damenuhren 12 M., Regulateure 14 Tage gehend 12 M., Silber 2.50 M.
Bitte namentlich das Untere zu beachten!
Billigstes Atelier für Reparaturen; z. B. neue Federn einsetzen und Regulieren der Uhr 1 M., Glas, Zeiger, Uhreringe à 10 Pf., Schlüssel 5 Pf., für jede Reparatur Garantie.
Anst. Schlafstelle offen
Martinstr. 23, II r.

Schaukelpferde in Fell, zum Fahren und Schaukeln eingerichtet, 8.50, 10, 12, 13.50, 15, 18 M.
Dieselben in prima, hoch legant geschirrt, 14, 16, 19, 22 M.
Holzschaukelpferde (keine Brettpferde) 4, 5.50 und 7.50 M.
Reit-, Geschirr- und Frachtpferde in Fell in allen Größen.
Es ist angebracht, **Fellschaukelpferde schon jetzt zu kaufen,** da die Auswahl in Farbe 2c. jetzt am größten ist.
Die Pferde werden auf Wunsch gerne bis Weihnachten zurückgestellt.
Robert Plötz,
17 Leipzigerstraße 17.

Gegen spröde Haut
empfehlen: **Lanolin, Goldcream, Glycerin, Vaseline, Salicylsalg, Lippenpomade 2c.**
E. Walthers Nachf.
Moritzzwinger 1 und Steinweg 26.

Billiger
sind dieses Jahr meine beliebten
Mürbteig-Kreppeln.
Früher 4 Stück 12 ₰,
jetzt 4 Stück 10 ₰,
empf. **O. Hänel,**
Harz 12 u. Geiststraße 46.

Fenchelhonigsyrup,
bewährtes Mittel bei Husten und Heiserkeit, für Erwachsene und Kinder. In Flaschen zu 30 und 50 Pf. empfehlen
E. Walthers Nachf.
Moritzzwinger 1 u. Steinweg 26.

Gänsepökelfleisch
per Pfd. 55 und 60 Pf. empfiehlt
W. Dudenbostel,
Breite- u. Laurentiusstr.-Ecke.

Schwarzbrot,
sehr groß u. kräftig, 1. u. 2. Sorte, empfiehlt **Otto Hänel,**
Harz 12 u. Geiststraße 46.

Gelegenheitskauf.
Ein Posten Hänge-, Tisch- u. Wandlampen, sowie Laternen, Lampendochte, Zylinder u. Schirme werden in meiner Werkstatt Mauerstraße 1, billig verkauft.
Paul Böhme, Klempnermeister.

Verlag des Vorstandes der Gesellschaft Verantwortlicher Redakteur: Otto Graf. — Druck der Volkswacht Genossenschaftsdruckerei G. m. b. H. Hochstr. 38 Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189611 18/fragment/page=0006